

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2003 — 3899

[C — 2003/33073]

30. JUNI 2003 — Dekret vom 30. Juni 2003 über dringende Massnahmen im Unterrichtswesen 2003 (1)

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und Wir, Regierung, sanktionieren es :

KAPITEL I — Bestimmungen über bestimmte Urlaubsformen und die Offenerklärung von Stellen

Artikel 1 - Vorliegendes Kapitel findet Anwendung auf:

1. die definitiv ernannten Personalmitglieder der Unterrichtseinrichtungen und psycho-medizinisch-sozialen Zentren, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert werden;
2. die definitiv ernannten oder definitiv eingestellten subventionierten Personalmitglieder der Unterrichtseinrichtungen und psycho-medizinisch-sozialen Zentren, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft subventioniert werden.

Art. 2 - § 1 - Die Stelle, die von einem Personalmitglied besetzt wird, das einen der nachstehenden Urlaube in Anspruch nimmt, wird für offen erklärt, wenn das Personalmitglied seit sechs aufeinanderfolgenden vollständigen Schuljahren in den Genuss dieses Urlaubs gekommen ist und der Urlaub mindestens die Hälfte einer Vollzeitbeschäftigung ausmacht.

Bei den in Absatz 1 angeführten Urlauben handelt es sich um:

1. den Urlaub wegen eines Auftrags im Interesse des Unterrichtswesens und die Beurlaubung für Sonderaufgaben, angeführt:

a) in Kapitel VIII^{bis} und Kapitel X des Königlichen Erlasses vom 15. Januar 1974, ergangen in Anwendung des Artikels 160 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes,

b) in Artikel 30 des Königlichen Erlasses vom 19. Mai 1981 über die Ferien und Urlaube der Praktikanten oder der definitiv ernannten Mitglieder des technischen Personals der staatlichen psycho-medizinisch-sozialen Zentren und Ausbildungszentren sowie der Inspektionsdienste,

c) im Königlichen Erlass vom 13. September 1983 zum Urlaub wegen eines Auftrags im Interesse des Unterrichtswesens und der Disposition wegen eines Sonderauftrags eines Personalmitglieds des subventionierten Unterrichtswesens,

d) im Königlichen Erlass vom 21. Oktober 1985 über die Beurlaubung wegen Sonderaufgaben und die Zurdispositionstellung wegen Sonderauftrags der Personalmitglieder der subventionierten psycho-medizinisch-sozialen Zentren;

2. den Urlaub wegen einer Gewerkschaftstätigkeit, angeführt:

a) in Kapitel VIII des Königlichen Erlasses vom 8. Dezember 1967, ergangen in Anwendung des Artikels 3 des Königlichen Erlasses vom 28. Februar 1967 zur Festlegung der administrativen Stellungen des Verwaltungspersonals und des Aufsichts-, Fach- und Dienstpersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht,

b) in Kapitel VIII des Königlichen Erlasses vom 15. Januar 1974, ergangen in Anwendung des Artikels 160 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes,

c) in Artikel 29 des Königlichen Erlasses vom 19. Mai 1981 über die Ferien und Urlaube der Praktikanten oder der definitiv ernannten Mitglieder des technischen Personals der staatlichen psycho-medizinisch-sozialen Zentren und Ausbildungszentren sowie der Inspektionsdienste,

d) im Königlichen Erlass vom 16. Dezember 1981 bezüglich des Gewerkschaftsurlaubs im subventionierten Unterrichtswesen,

e) im Königlichen Erlass vom 16. Dezember 1981 bezüglich des Gewerkschaftsurlaubs in den subventionierten psycho-medizinisch-sozialen Zentren und Ämtern für schulische und berufliche Orientierung;

3. den Urlaub zwecks Amtsausübung in einem ministeriellen Kabinett, angeführt:

a) in Kapitel VII des Königlichen Erlasses vom 8. Dezember 1967, ergangen in Anwendung des Artikels 3 des Königlichen Erlasses vom 28. Februar 1967 zur Festlegung der administrativen Stellungen des Verwaltungspersonals und des Aufsichts-, Fach- und Dienstpersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht,

b) in Kapitel VII des Königlichen Erlasses vom 15. Januar 1974, ergangen in Anwendung des Artikels 160 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes,

c) in Kapitel VIII des Königlichen Erlasses vom 19. Mai 1981 über die Ferien und Urlaube der Praktikanten oder der definitiv ernannten Mitglieder des technischen Personals der staatlichen psycho-medizinisch-sozialen Zentren und Ausbildungszentren sowie der Inspektionsdienste,

d) im Königlichen Erlass vom 16. Dezember 1981 bezüglich des Urlaubs der Personalmitglieder des subventionierten Unterrichtswesens zwecks Amtsausübung in einem ministeriellen Kabinett,

e) im Königlichen Erlass vom 16. Dezember 1981 bezüglich des Urlaubs der subventionierten Personalmitglieder der subventionierten psycho-medizinisch-sozialen Zentren und Ämter für schulische und berufliche Weiterbildung;

4. den Urlaub zwecks Amtsausübung im Kabinett des Königs, angeführt:

a) in Kapitel XI des Königlichen Erlasses vom 15. Januar 1974, ergangen in Anwendung des Artikels 160 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes,

b) in Kapitel XIII des Königlichen Erlasses vom 19. Mai 1981 über die Ferien und Urlaube der Praktikanten oder der definitiv ernannten Mitglieder des technischen Personals der staatlichen psycho-medizinisch-sozialen Zentren und Ausbildungszentren sowie der Inspektionsdienste;

5. den politischen Urlaub, angeführt im Erlass der Regierung vom 21. Dezember 2000 über den politischen Urlaub für Personalmitglieder im Unterrichtswesen und zur Anpassung des Besoldungsstatuts;

6. den Urlaub wegen Tätigkeit bei einer anerkannten politischen Gruppierung, angeführt:

a) im Königlichen Erlass vom 2. April 1975 über den Urlaub, der gewissen Personalmitgliedern des öffentlichen Dienstes gewährt wird für bestimmte Tätigkeiten bei anerkannten politischen Gruppierungen der nationalen, gemeinschaftlichen oder regionalen gesetzgebenden Versammlungen oder beim Präsidenten dieser Gruppierungen,

b) in Kapitel XII des Königlichen Erlasses vom 15. Januar 1974, ergangen in Anwendung des Artikels 160 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes,

c) in Kapitel XI des Königlichen Erlasses vom 19. Mai 1981 über die Ferien und Urlaube der Praktikanten oder der definitiv ernannten Mitglieder des technischen Personals der staatlichen psycho-medizinisch-sozialen Zentren und Ausbildungszentren sowie der Inspektionsdienste.

§ 2 - Wird einem Personalmitglied ein weiterer, in §1 angeführter Urlaub gewährt, ohne dass das Personalmitglied während mindestens einem vollständigem Schuljahr seine ursprüngliche Tätigkeit im Unterrichtswesen wieder aufgenommen hat, wird die Dauer dieses weiteren Urlaubs mit jener des vorherigen Urlaubs kumuliert.

Art. 3 - Nach Beendigung des Urlaubs nimmt das Personalmitglied seine Tätigkeit im Unterrichtswesen wieder in der Stelle auf, die es vor seinem Urlaub bekleidet hat, falls diese Stelle noch offen ist. Ist diese Stelle von einem anderen Personalmitglied definitiv besetzt worden, wird das Personalmitglied mit dem geringsten Dienstalter, das in demselben Amt definitiv ernannt oder eingestellt ist wie das Personalmitglied, das in den Genuss des Urlaubs gekommen ist, am ersten Tag nach Beendigung des Urlaubs gemäß der geltenden Bestimmungen wegen Stellenmangels zur Disposition gestellt.

KAPITEL II — *Urlaub zwecks Ausübung desselben Amtes oder eines anderen Amtes*

Art. 4 - Vorliegendes Kapitel findet Anwendung auf:

1. die definitiv ernannten Personalmitglieder der Unterrichtseinrichtungen und psycho-medizinisch-sozialen Zentren, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert werden,

2. die definitiv ernannten oder definitiv eingestellten subventionierten Personalmitglieder der Unterrichtseinrichtungen und psycho-medizinisch-sozialen Zentren, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft subventioniert werden.

Art. 5 - § 1 - Einem Personalmitglied wird mit Einverständnis des beziehungsweise der Schulträger ein Urlaub gewährt zwecks Ausübung im Unterrichtswesen:

1. eines Beförderungsamtes, wenn das Personalmitglied definitiv in einem Anwerbungs- oder Auswahlamt ernannt oder eingestellt ist, das Zugang zu diesem Beförderungsamte gibt;

2. eines Auswahlamtes, wenn das Personalmitglied definitiv in einem Anwerbungsamt ernannt oder eingestellt ist, das Zugang zu diesem Amt gibt;

3. eines Amtes, mit derselben oder einer höheren Besoldungsstufe;

4. eines Amtes mit einer niedrigeren Besoldungsstufe.

Ein Personalmitglied kann den im vorhergehenden Absatz erwähnten Urlaub in Anspruch nehmen, um bei einem Schulträger in der Französischen oder Flämischen Gemeinschaft dasselbe oder ein anderes Amt im Unterrichtswesen zu bekleiden. Der Urlaub wird gewährt, wenn das Einverständnis der beiden betroffenen Schulträger vorliegt.

§ 2 - Der in § 1 erwähnte Urlaub kann für die gesamten Dienstleistungen gewährt werden, die das Personalmitglied erbringt, oder für einen Teil dieser Dienstleistungen. Letzteres gilt nicht für das Personalmitglied, das ein Beförderungsamte bekleidet.

Bei einem Personalmitglied, das ein Auswahlamt bekleidet, kann der Urlaub für die gesamten Dienstleistungen gewährt werden oder für einen Teil, wobei es weiterhin das Auswahlamt mindestens für die Hälfte eines vollen Stundenplans bekleiden muss. Vorliegende Einschränkung gilt nicht für Auswahlämter an einer Übungsgrundschule.

§ 3 - Der Urlaub zwecks Ausübung eines Beförderungsamtes im Gemeinschaftsunterrichtswesen wird vorrangig unter Beachtung der Klassierung den Personalmitgliedern des Gemeinschaftsunterrichtswesens gewährt, die gegebenenfalls den entsprechenden gültigen Befähigungsnachweis besitzen.

§ 4 - Der in § 1 erwähnte Urlaub wird bezahlt und gilt als aktiver Dienst.

Die Bezahlung erfolgt für die in § 1 Absatz 1 Nummer 1, 2 und 3 aufgeführten Urlaube auf der Grundlage des Amtes, in dem das Personalmitglied definitiv ernannt oder eingestellt ist, und für den in § 1 Absatz 1 Nummer 4 angeführten Urlaub auf der Grundlage des Amtes, das das Personalmitglied in Anwendung des vorliegenden Artikels ausübt.

Die Bezahlung erfolgt für den in § 1 Absatz 2 angeführten Urlaub auf der Grundlage des Amtes, das das Personalmitglied in Anwendung des vorliegenden Artikels ausübt. Das Personalmitglied gilt, was die Bezahlung angeht, als zeitweiliges Personalmitglied.

Art. 6 - § 1 - Ein Personalmitglied, das ein Amt mit höherer Besoldungsstufe ausübt, erhält für diese Zeit eine Zulage.

Diese Zulage wird auf der Grundlage des Unterschiedes berechnet, der zwischen dem Jahresgehalt, das dem Personalmitglied zustände, wenn es definitiv in den von ihm ausgeübten Ämtern ernannt oder eingestellt wäre, und dem Jahresgehalt, das ihm für das Amt zusteht, für das es definitiv ernannt oder eingestellt ist, besteht.

§ 2 - Die Zulage wird gewährt, wenn das besser besoldete Amt während mindestens sechs aufeinanderfolgenden Arbeitstagen ausgeübt wurde. Sie wird ab dem ersten Tag der Ausübung des besagten Amtes gewährt.

§ 3 - Den Tagessatz der Zulage erhält man, indem man den Betrag, der in Anwendung von § 1 Absatz 2 ermittelt wurde, durch 360 teilt.

Die Zulage wird monatlich ausbezahlt. Der Jahresbetrag darf 360/360stel pro Schuljahr nicht überschreiten.

§ 4 - Eine Dienstunterbrechung von mindestens sechs aufeinanderfolgenden Arbeitstagen führt zur Streichung der Zulage für die Dauer der Abwesenheit.

Art. 7 - In Artikel 3 des Königlichen Erlasses vom 28. Februar 1967 zur Festlegung der Dienststellungen des Verwaltungs-, Unterhalts-, Fach- und Arbeitspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht wird ein Punkt k mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«k. zwecks Ausübung desselben Amtes oder eines anderen Amtes».

In Artikel 160 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes wird ein Punkt n mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«n. zwecks Ausübung desselben Amtes oder eines anderen Amtes».

In Artikel 40 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Religionslehrer, Religionsprofessoren und der Religionsinspektoren für katholische und protestantische Religion der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht wird ein Punkt k mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«k. zwecks Ausübung desselben Amtes oder eines anderen Amtes».

Art. 8 - Im Königlichen Erlass vom 21. Oktober 1968, ergangen in Anwendung des Artikels 7 des Königlichen Erlasses vom 28. Februar 1967 zur Festlegung der Dienststellungen des Verwaltungs-, Unterhalts-, Fach- und Arbeitspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht, wird ein Artikel 16*bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 16*bis* - Das Personalmitglied darf während der Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen keine Erwerbstätigkeit im Unterrichtswesen ausüben, das von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert oder subventioniert wird.»

Im Königlichen Erlass vom 15. Januar 1974, ergangen in Anwendung von Artikel 160 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, wird ein Artikel 32*bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 32*bis* - Das Personalmitglied darf während der Zeitspanne, in der es einen Urlaub wegen verkürzter Dienstleistung aus persönlichen Gründen in Anspruch nimmt, keine Erwerbstätigkeit im Unterrichtswesen ausüben, das von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert oder subventioniert wird, unbeschadet von Kapitel II des Dekretes vom 25. Juni 2001 über besondere Maßnahmen im Zusammenhang mit den Lehrämtern und über die Anpassung des Besoldungsstatuts.»

Im Königlichen Erlass vom 18. Januar 1974, ergangen in Anwendung des Artikels 164 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, wird ein Artikel 14*bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 14*bis* - Das Personalmitglied darf während der Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen keine Erwerbstätigkeit im Unterrichtswesen ausüben, das von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert oder subventioniert wird, unbeschadet von Kapitel II des Dekretes vom 25. Juni 2001 über besondere Maßnahmen im Zusammenhang mit den Lehrämtern und über die Anpassung des Besoldungsstatuts.»

Im Königlichen Erlass vom 8. Juli 1976, ergangen in Anwendung des Artikels 45 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Religionslehrer, Religionsprofessoren und der Religionsinspektoren für katholische und protestantische Religion der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht, wird ein Artikel 11*bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 11*bis* - Das Personalmitglied darf während der Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen keine Erwerbstätigkeit im Unterrichtswesen ausüben, das von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert oder subventioniert wird.»

Art. 9 - In Artikel 7 § 3 des Dekretes vom 25. Juni 2001 über besondere Maßnahmen im Zusammenhang mit den Lehrämtern und über die Anpassung des Besoldungsstatuts wird die Wortfolge «in Anwendung des Dekretes vom 17. Juni 1991 zur Gewährung einer Zulage an das Personal im Unterrichtswesen, das vorübergehend ein anderes Amt bekleidet als das, wofür es ernannt ist» durch die Wortfolge «gemäß Artikel 6 des Dekretes vom 30. Juni 2003 über dringende Maßnahmen im Unterrichtswesen 2003» ersetzt.

KAPITEL III — *Ersatz von Personalmitgliedern bei Abwesenheit wegen Krankheit*

Art. 10 - Vorliegendes Kapitel findet Anwendung auf:

1. die Personalmitglieder der Unterrichtseinrichtungen und psycho-medizinisch-sozialen-Zentren, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert werden,
2. die subventionierten Personalmitglieder der Unterrichtseinrichtungen und psycho-medizinisch-sozialen-Zentren, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft subventioniert werden.

Art. 11 - § 1 - Ein Personalmitglied, das wegen Krankheit während mehr als fünf aufeinanderfolgenden Arbeitstagen abwesend ist, kann ersetzt werden.

Folgende Tage gelten nicht als Arbeitstage:

1. die in Artikel 58 Absatz 2 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen angeführten Tage,
2. die Tage der Weihnachts- und Osterferien sowie der Entspannungsurlaube,
3. die Tage des Sommerurlaubs.

§ 2 - In Abweichung von § 1 Absatz 1 kann ein Personalmitglied der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals eines Kindergartens oder einer Primarschule beziehungsweise einer Kindergarten- oder Primarschulniederlassung, der oder die über eine einzige Klasse verfügt, bei Abwesenheit wegen Krankheit umgehend ersetzt werden.

KAPITEL IV — *Ergänzung von Bestimmungen über die Festlegung des Stunden- und Stellenkapitals im Unterrichtswesen*

Art. 12 - Im Dekret vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen wird ein Artikel 50*bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 50*bis* – Begrenzung

Das gemäß den Artikeln 48, 49 und 50 ermittelte Stellenkapital überschreitet nicht das Stellenkapital, das auf Grund der Schülerzahlen vom 31. Januar 2002 ermittelt wurde.»

Art. 13 - Artikel 51 desselben Dekretes wird durch eine Bestimmung mit folgendem Wortlaut ersetzt:

«Artikel 51 – Verwendungsdauer

Das gemäß den Artikeln 48 bis 50*bis* ermittelte Stellenkapital steht für das laufende Schuljahr zur Verfügung.»

Art. 14 - In demselben Dekret wird ein Artikel 56*bis* mit folgendem Wortlaut eingebaut:

«Artikel 56*bis* – Begrenzung

Das gemäß den Artikeln 53, 54, 55 und 56 ermittelte Stellenkapital überschreitet nicht das Stellenkapital, das auf Grund der Schülerzahlen vom 31. Januar 2002 ermittelt wurde.

In Abweichung von Absatz 1 wird einer Niederlassung, deren Schülerzahl am 31. Januar Anrecht auf jeweils eine halbe Stelle mehr ergibt als das am 31. Januar 2002 ermittelte Stellenkapital, jeweils eine halbe Stelle zusätzlich gewährt.»

Art. 15 - Artikel 57 desselben Dekretes wird durch eine Bestimmung mit folgendem Wortlaut ersetzt:

«Artikel 57 – Verwendungsdauer

§ 1 - Das gemäß Artikel 53 bis 55 und 56*bis* ermittelte Stellenkapital steht für das laufende Schuljahr zur Verfügung.

§ 2 - Das gemäß Artikel 53, 54, 56 § 1 und 56*bis* ermittelte Stellenkapital steht am 1. Oktober bis zum letzten Tag des laufenden Schuljahres zur Verfügung, falls die Berechnung mindestens eine Vollzeitstelle mehr oder weniger ergibt als das Stellenkapital, das dem Schulträger am ersten Schultag für die betreffende Niederlassung gewährt wurde.

In Abweichung von Absatz 1 kann der Schulträger bereits am ersten Schultag auf das in Absatz 1 erwähnte Stellenkapital zurückgreifen. Stehen dem Schulträger auf Grund der erfolgten Neuberechnung weniger Stellen zur Verfügung, als er am ersten Schultag eingerichtet hat, gehen diese zu Lasten des Schulträgers.

§ 3 - Das gemäß Artikel 53, 54, 56 § 2 und 56*bis* ermittelte Stellenkapital steht vom 1. April bis zum letzten Schultag zur Verfügung, falls die Berechnung mindestens eine Vollzeitstelle mehr ergibt als das Stellenkapital, das dem Schulträger am 1. Oktober für die betreffende Niederlassung gewährt wurde.»

Art. 16 - In demselben Dekret wird ein Artikel 60*ter* mit folgendem Wortlaut eingebaut:

«Artikel 60*ter* – Begrenzung

Das gemäß Artikel 58, 59, 60 und 60*bis* ermittelte Stellenkapital überschreitet nicht das Stellenkapital, das auf Grund der Schülerzahlen vom 31. Januar 2002 ermittelt wurde.»

In Abweichung von Absatz 1 wird einer Niederlassung, deren Schülerzahl am 31. Januar Anrecht auf jeweils eine halbe Stelle mehr ergibt als das am 31. Januar 2002 ermittelte Stellenkapital, jeweils eine halbe Stelle zusätzlich gewährt.»

Art. 17 - Artikel 61 desselben Dekretes wird durch eine Bestimmung mit folgendem Wortlaut ersetzt:

«Artikel 61 – Verwendungsdauer

§ 1 - Das gemäß Artikel 58 bis 60 und 60*ter* ermittelte Stellenkapital steht für das laufende Schuljahr zur Verfügung.

§ 2 - Das gemäß Artikel 58, 59, 60*bis* und 60*ter* ermittelte Stellenkapital steht vom 1. Oktober bis zum letzten Tag des laufenden Schuljahres zur Verfügung, falls die Berechnung mindestens eine Vollzeitstelle mehr oder weniger ergibt als das Stellenkapital, das dem Schulträger am ersten Schultag für die betreffende Niederlassung gewährt wurde.

In Abweichung von Absatz 1 kann der Schulträger bereits am ersten Schultag auf das in Absatz 1 erwähnte Stellenkapital zurückgreifen. Stehen dem Schulträger auf Grund der erfolgten Neuberechnung weniger Stellen zur Verfügung als er am ersten Schultag eingerichtet hat, gehen diese Stellen zu Lasten des Schulträgers.»

Art. 18 - In Artikel 3 des Programmdekretes 1997 vom 20. Mai 1997 wird Artikel 3 § 3 aufgehoben.

Im Artikel 3bis des Programmdekretes 1997 vom 20. Mai 1997 wird der zweite Absatz aufgehoben.

Im Programmdekret 1997 vom 20. Mai 1997 wird ein Artikel 3ter mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 3ter - Das gemäß Artikel 3 ermittelte Stundenkapital überschreitet nicht das Stundenkapital, das am 1. Oktober 2002 in der Schule organisiert wurde.»

Art. 19 - Im Programmdekret 1997 vom 20. Mai 1997 wird ein Artikel 4bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 4bis - Das Stundenkapital überschreitet nicht das im Schuljahr 2002-2003 verwendete Stundenkapital.»

Art. 20 - In Artikel 3 VI des Königlichen Erlasses vom 15. Dezember 1973 zur Festlegung der Aufteilungs- und Zusammenlegungsnormen für Studienjahre im technischen Sekundarunterricht, im technischen, wirtschaftlichen, landwirtschaftlichen, paramedizinischen, sozialen, pädagogischen und künstlerischen Hochschulunterricht kurzer Studiendauer und im technischen und landwirtschaftlichen Hochschulunterricht zweiten Grades wird zwischen Absatz 3 und Absatz 4 ein Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Das zusätzlich gewährte Stundenkapital überschreitet nicht das Stundenkapital, das auf Grund der Studentenzahlen vom 31. Januar 2002 ermittelt wurde.»

Art. 21 - Im Dekret vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Sonderschulwesen festgelegt werden, wird ein Artikel 5ter mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 5ter - Das gemäß den Artikeln 6 § 3, 21, 37 § 3 und 44 ermittelte Stundenkapital entspricht dem Stundenkapital, das auf Grund der Schülerzahlen vom 30. September 2001 ermittelt wurde»

KAPITEL V — *Abänderung des Gesetzes vom 7. Juli 1970 über die allgemeine Struktur des Hochschulwesens*

Art. 22 - Das Gesetz vom 7. Juli 1970 über die allgemeine Struktur des Hochschulwesens wird wie folgt abgeändert:

1. in Artikel 5bis werden die Worte «nach Gutachten des zuständigen Hohen Rates» gestrichen;
2. die Artikel 6 und 7 werden aufgehoben;
3. in Artikel 9 werden die Worte «Auf Grund des Gutachtens der Ständigen Räte» gestrichen;
4. in Artikel 10 § 2 werden die Worte «nach Gutachten des zuständigen Hohen Rates» gestrichen;
5. in Artikel 10 § 4 werden die Worte «nach günstigem Gutachten des Ständigen Rates des Hochschulwesens» gestrichen;
6. in Artikel 10 § 6 werden die Worte «nach Gutachten des zuständigen Hohen Rates» gestrichen;
7. Artikel 16 § 3 wird aufgehoben;
8. in Artikel 17 § 4 Absatz 2 werden die Worte «auf begründetes Gutachten des Ständigen Rates hin und in Erwartung, dass dieser gegründet wird auf Grund des Gutachtens des ständigen Ausschusses des Hohen Rates des technischen Hochschulwesens» gestrichen.

KAPITEL VI — *Abänderung des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 6. Juni 1997 zur Festlegung der Bedingungen für die Verleihung des Diploms eines graduierten Krankenpflegers*

Art. 23 - Artikel 2 des Erlasses der Regierung vom 6. Juni 1997 zur Festlegung der Bedingungen für die Verleihung des Diploms eines graduierten Krankenpflegers wird durch eine Bestimmung mit folgendem Wortlaut ersetzt:

«Artikel 2 - Unbeschadet der Bedingungen, die in den Bestimmungen für das Vollzeithochschulwesen kurzer Studiendauer vorgesehen sind, wird das Diplom eines graduierten Krankenpflegers und das Diplom eines spezialisierten graduierten Krankenpflegers in einer bestimmten Fachrichtung unter den im vorliegenden Erlass festgelegten Bedingungen von den paramedizinischen Hochschulen verliehen.»

Art. 24 - In Artikel 3 desselben Erlasses, dessen jetziger Text zum ersten Paragraphen wird, wird ein zweiter Paragraph mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«§ 2 - Das Studium eines spezialisierten graduierten Krankenpflegers in einer bestimmten Studienrichtung erstreckt sich über mindestens ein Jahr und schließt mit einer Prüfung ab.»

Art. 25 - Artikel 4 desselben erwähnten Erlasses wird durch eine Bestimmung mit folgendem Wortlaut ersetzt:

«Artikel 4 - Zur Abschlussprüfung wird nur der Student zugelassen, der Pflegeberichte vorlegen kann, aus denen hervorgeht, dass er mindestens 1 800 Praktikaperioden für das Diplom eines graduierten Krankenpflegers und mindestens 540 Praktikaperioden für das Diplom eines spezialisierten Krankenpflegers erfolgreich absolviert hat.»

Art. 26 - Artikel 5 desselben Erlasses wird durch eine Bestimmung mit folgendem Wortlaut ersetzt:

«Artikel 5 - Das Diplom eines graduierten Krankenpflegers wird den Studenten ausgehändigt, nachdem es von den für das Unterrichts- und das Gesundheitswesen zuständigen Ministern oder deren Vertretern unterzeichnet und gegebenenfalls gemäß den Bestimmungen, die von dem für das Gesundheitswesen zuständigen föderalen Minister festgelegt werden, in das entsprechende Register eingetragen worden sind.

Das Diplom eines spezialisierten graduierten Krankenpflegers in einer bestimmten Fachrichtung wird dem Studenten ausgehändigt, nachdem es von den für das Unterrichts- und das Gesundheitswesen zuständigen Ministern oder deren Vertretern unterzeichnet worden ist.»

Art. 27 - In Artikel 8 desselben Erlasses wird ein zweiter Absatz mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«Zum Studium eines spezialisierten graduierten Krankenpflegers sind die Personen zugelassen, die über das Diplom eines graduierten Krankenpflegers verfügen.»

Art. 28 - Nach Artikel 8 desselben Erlasses wird ein Artikel *8bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel *8bis* - In Abweichung von Artikel 8 können Inhaber des Brevets in Krankenpflege mindestens fünfjähriger Berufserfahrung eine Sonderform des Studiums zum graduierten Krankenpfleger absolvieren.

Unter Berufserfahrung ist die effektive Berufserfahrung als Krankenpfleger im Rahmen eines mindestens halbzzeitigen Dienstes zu verstehen.»

Art. 29 - Nach Artikel 15 desselben Erlasses werden ein Artikel *15bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel *15bis* - In Abweichung von den Artikeln 4 und 15 umfasst das Studienprogramm für die Inhaber des Brevets in Krankenpflege, die über eine Berufserfahrung von mindestens fünf Jahren verfügen, mindestens die Anzahl Perioden von zwei Studienjahren des Vollzeitunterrichts.

In Abweichung von den Artikeln 4 und 15 umfasst das Studienprogramm für die Inhaber des Brevets in Krankenpflege, die über eine Berufserfahrung von mindestens zehn Jahren verfügen, mindestens die Anzahl Perioden von einem Studienjahr des Vollzeitunterrichts.

In Abweichung von den Artikeln 3 und 11 kann das Studienprogramm in Form eines Vollzeit-, Teilzeit-, Modular- oder zeitversetzten Unterrichts angeboten werden.

Die Hochschulen legen dem für das Unterrichts- und Gesundheitswesen zuständigen Ministern das Studienprogramm zur Genehmigung vor.»

Art. 30 - Nach Kapitel II desselben Erlasses wird ein Kapitel *IIbis*, den Artikel *15ter* beinhaltend, eingefügt:

«KAPITEL *IIbis* — *Studienprogramm der spezialisierten graduierten Krankenpfleger in Intensivpflege und medizinische Notfallhilfe*

Artikel *15ter* - Das Studienprogramm des Studiums eines spezialisierten graduierten Krankenpflegers in Intensivpflege und medizinische Notfallhilfe umfasst mindestens 540 Perioden theoretischen Unterricht in den Bereichen biomedizinische Wissenschaften, Pflegewissenschaften, Methodologie der angewandten Forschung im Bereich Intensivpflege und medizinische Notfallhilfe, Geräte und Material für Intensivpflege und medizinische Notfallhilfe und Sozial- und Humanwissenschaften sowie mindestens 540 Praktikaperioden, wovon mindestens 240 Perioden auf einer anerkannten Intensivstation und mindestens 240 Perioden auf einer anerkannten Notaufnahmestation absolviert werden müssen.»

KAPITEL VII — *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 28. Dezember 1977 zur Festlegung der Bedingungen zur Gewährung von Prüfungsbefreiungen im Hochschulwesen kurzer und langer Studiendauer*

Art. 31 - In Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 28. Dezember 1977 zur Festlegung der Bedingungen zur Gewährung von Prüfungsbefreiungen im Hochschulwesen kurzer und langer Studiendauer, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 30. Oktober 1978, wird ein vierter Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Im paramedizinischen Hochschulwesen kann die Regierung Inhabern des Brevets in Krankenpflege Prüfungsbefreiungen gewähren, wenn sie sich im ersten Studienjahr zum Studium eines graduierten Krankenpflegers einschreiben.»

Art. 32 - In Artikel 7 des Königlichen Erlasses vom 28. Dezember 1977 zur Festlegung der Bedingungen zur Gewährung von Prüfungsbefreiungen im Hochschulwesen kurzer und langer Studiendauer wird ein zweiter Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Bei Anfragen gemäß Artikel 2, vierter Absatz, berücksichtigt die Regierung die Berufserfahrung und die Tatsache, dass ähnliche Kurse und Praktika während der Brevetausbildung absolviert wurden.»

KAPITEL VIII — *Abänderung des Dekretes vom 18. April 1994 zur Festlegung des Betrages der Funktionssubventionen für das subventionierte Unterrichtswesen*

Art. 33 - Im Dekret vom 18. April 1994 zur Festlegung des Betrages der Funktionssubventionen für das subventionierte Unterrichtswesen wird in Artikel *2bis* ein zweiter Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«In Abweichung zu Absatz 1 erhält diese Schule ab dem Jahr 2004 während fünf aufeinander folgenden Jahren jährlich eine pauschale Ausrüstungssubvention von 40.000 EUR.»

Art. 34 - Im Dekret vom 18. April 1994 zur Festlegung des Betrages der Funktionssubventionen für das subventionierte Unterrichtswesen wird ein Artikel *2quater* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel *2quater* - Für eine Schulmediothek wird jährlich eine pauschale Subvention in Höhe von 4.000 EUR gewährt, wenn die Schulmediothek:

1. sich in der Trägerschaft einer Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht befindet,
2. sich räumlich in einer Regelsekundarschule befindet,
3. nach den Vorgaben der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingerichtet worden ist.

Die Subvention wird durch den Verwaltungsrat des Trägers der Mediothek verwaltet. Die Regierung legt die weiteren Auszahlungsmodalitäten fest.»

KAPITEL IX — Abänderung des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise im Sekundarunterricht, der in den freien subventionierten Unterrichtseinrichtungen des Mittel- und Normalschulwesens, einschließlich des psychopädagogischen Postsekundarschuljahres

Art. 35 - In Artikel 12 § 1 Nummer 3 des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise im Sekundarunterricht, der in den freien subventionierten Unterrichtseinrichtungen des Mittel- und Normalschulwesens, einschließlich des psychopädagogischen Postsekundarschuljahres, erteilt wird, wird Punkt a durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«a) Personalmitglied, das definitiv in der Sekundarschule in einem der folgenden Ämtern eingestellt ist:

- Lehrer für allgemeinbildende Kurse;
- Lehrer für Psychologie, Pädagogik und Methodik;
- Religionslehrer;
- Lehrer für Moral;
- Lehrer für Fachkurse;
- Lehrer für Alt Sprachen (Latein, Griechisch);»

KAPITEL X — Abänderung des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 über das Besoldungsstatut des Lehr- und wissenschaftlichen sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens

Art. 36 - In Artikel 17 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 über das Besoldungsstatut des Lehr- und wissenschaftlichen sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens wird ein § 4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«§ 4 - Für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals und des Erziehungspersonals werden die ab dem Alter von 20, 21, 22, 23 oder 24 Jahren bei anderen Arbeitgebern geleisteten Dienste berücksichtigt, falls es sich um Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht handelt, deren Zielsetzung darin besteht, Aufgaben wahrzunehmen oder Dienste zu verrichten, die in irgendeiner Form im direkten Zusammenhang mit dem Unterrichtswesen stehen oder dem Unterrichtswesen direkt dienlich sind.

Das Personalmitglied reicht einen entsprechenden Antrag zwecks Berücksichtigung ein. Der für das Unterrichtswesen zuständige Minister entscheidet darüber, ob die Zielsetzung der betreffenden Vereinigung in dem in Absatz 1 angeführten Sinne ist und inwieweit die vom Personalmitglied geleisteten Dienste direkt zur Erfüllung dieser Zielsetzung beigetragen haben.

Teilzeitige Beschäftigungsverhältnisse werden verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet, wobei in diesem Fall höchstens 10 Jahre berücksichtigt werden können.»

KAPITEL XI — Abänderung des Dekretes vom 18. April 1994 bezüglich der Einsetzung des Prüfungsausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Sekundarunterricht sowie der Durchführung der Prüfungen vor diesem Ausschuss

Art. 37 - Im Dekret vom 18. April 1994 bezüglich der Einsetzung des Prüfungsausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Sekundarunterricht sowie der Durchführung der Prüfungen vor diesem Ausschuss wird ein Artikel 30bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 30bis - Der Kandidat, der bei einer Prüfung abwesend ist, ohne sich vorher beim Schriftführer abgemeldet zu haben und der nicht innerhalb von fünf Tagen ab dem Tag der Prüfung seine Abwesenheit ausführlich und schriftlich begründet oder eine ärztliche Bescheinigung einreicht, wird von der nächsten Prüfungssitzung ausgeschlossen. Der Vorsitzende entscheidet über die Annehmbarkeit der Begründung der Abwesenheit. Der Ausschluss wird dem Kandidaten schriftlich mitgeteilt.»

KAPITEL XII — Abänderung des Dekretes vom 26. Juni 1986 über die Gewährung von Studienbeihilfen

Art. 38 - In Artikel 2 des Dekretes vom 26. Juni 1986 über die Gewährung von Studienbeihilfen werden die Punkte c) und d) durch folgenden Punkt c) ersetzt:

«c) an belgische Studenten, die im deutschen Sprachgebiet wohnhaft sind und im Ausland ein Studium absolvieren;»

In Artikel 3 desselben Dekretes wird Punkt b) wie folgt ersetzt:

«b) an belgische Studenten, die im deutschen Sprachgebiet wohnhaft sind und im Ausland ein Studium absolvieren.»

In Artikel 5 § 2 desselben Dekretes wird die Wortfolge «in Artikel 2 c) und d)» durch die Wortfolge «in Artikel 2 c)» ersetzt.

KAPITEL XIII — Abweichungsbestimmungen bei Zusammenlegungen von Internaten des Gemeinschaftsunterrichtswesens

Art. 39 - In Artikel 2 des Königlichen Erlasses Nr. 456 vom 10. September 1986 zur Rationalisierung und Programmierung der Internate, die durch den Staat organisiert oder subventioniert werden, wird ein § 4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«§ 4 - Bei der Zusammenlegung von zwei Internaten kann die Regierung während höchstens vier Schuljahren von der in § 2 angeführten Aufrechterhaltungsnorm abweichen.»

Art. 40 - Im selben Königlichen Erlass Nr. 456 wird Artikel 14 durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 14 - § 1 - Die Anzahl Stellen als Internatsaufseher im Gemeinschaftsunterrichtswesen wird wie folgt festgelegt:

1. von 1 bis 21 Schüler: ein Internatsaufseher,
2. für jede weitere angefangene Gruppe von 21 Schülern jeweils ein Internatsaufseher.

Für die Ermittlung der in Absatz 1 angeführten Stellen wird die Zahl der Schüler des Grund- und Sekundarschulwesens mit dem Koeffizienten 1 und die Zahl der Studenten des Hochschulwesens mit dem Koeffizienten 0,5 versehen.

§ 2 - In einem Internat, das aus der Zusammenlegung eines Internats für Jungen und eines Internats für Mädchen hervorgeht, gibt es in Abweichung von § 1 mindestens drei männliche und zwei weibliche Internatsaufseher, solange Jungen und Mädchen im Internat eingeschrieben sind.»

KAPITEL XIV — *Abänderung des Dekretes vom 24. März 2003 über die Einsetzung und die Festlegung der Aufgaben der pädagogischen Inspektion und beratung für das Unterrichtswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft*

Art. 41 - In Artikel 12 Absatz 1 des Dekretes vom 24. März 2003 über die Einsetzung und die Festlegung der Aufgaben der pädagogischen Inspektion und Beratung für das Unterrichtswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird die Wortfolge «höchstens vier» durch die Wortfolge «höchstens fünf» ersetzt.

KAPITEL XV — *Aufhebungs- und Schlussbestimmungen*

Art. 42 - Das Dekret vom 17. Juni 1991 zur Gewährung einer Zulage, das vorübergehend ein anderes Amt bekleidet als das, wofür es ernannt ist, und der Erlass vom 18. März 1992 zur Ausführung von Artikel 1 Absatz 4 des Dekretes vom 17. Juni 1991 zur Gewährung einer Zulage an das Personal im Unterrichtswesen, das vorübergehend ein anderes Amt bekleidet als das, wofür es ernannt ist, werden aufgehoben.

Art. 43 - Der Königliche Erlass vom 30. Dezember 1959 über den Urlaub wegen Krankheit und den Mutterschaftsurlaub für die Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens wird aufgehoben.

Art. 44 - Artikel 7 des Erlasses der Regierung vom 21. Dezember 2000 über den politischen Urlaub für Personalmitglieder im Unterrichtswesen und zur Anpassung des Besoldungsstatuts wird aufgehoben.

Art. 45 - Artikel 4bis des Königlichen Erlasses vom 2. April 1975 über den Urlaub, der Personalmitgliedern des öffentlichen Dienstes gewährt wird für eine Tätigkeit bei einer anerkannten politischen Gruppierung der nationalen, gemeinschaftlichen oder regionalen gesetzgebenden Versammlungen oder beim Präsidenten dieser Gruppierungen, wird aufgehoben, insofern die Personalmitglieder der Unterrichtseinrichtungen und psycho-medizinisch-sozialen Zentren, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert werden, und die subventionierten Personalmitglieder der Unterrichtseinrichtungen und psycho-medizinisch-sozialen Zentren, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft subventioniert werden, betroffen sind.

Art. 46 - Der Königliche Erlass vom 18. April 1967 über die Berechnung der Anzahl Aufseher im staatlichen Unterrichtswesen wird aufgehoben.

Art. 47 - Die Artikel 23 bis 30 treten mit Wirkung vom 1. September 2001 in Kraft.

Artikel 34 tritt mit Wirkung vom 1. September 2002 in Kraft.

Artikel 41 tritt mit Wirkung vom 24. März 2003 in Kraft.

Artikel 38 ist anwendbar auf die Anträge, die ab dem akademischen Jahr 2003-2004 gestellt werden.

Artikel 37 tritt am 1. Juli 2003 in Kraft.

Die Artikel 1 bis 11, 22, 31 bis 33, 35, 36, 39, 40 und 42 bis 46 treten am 1. September 2003 in Kraft.

Die Artikel 12 bis 17 und 21 treten am 1. September 2003 in Kraft und gelten für die Schuljahre 2003-2004 und 2004-2005.

Die Artikel 18 bis 20 treten am 1. September 2003 in Kraft und gelten für die Schuljahre 2003-2004 bis 2006-2007 einschließlich.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Eupen, den 30. Juni 2003

Der Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport,
K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur und Tourismus,
B. GENTGES

Der Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales,
H. NIESSEN

—
Note

(1) *Sitzungsperiode 2002-2003*

Dokumente des Rates — 135 (2002-2003) Nr. 1. — Dekretentwurf, 135 - Nr. 1. — Abänderungsvorschläge, 135 - Nr. 2 — Bericht, 135 - Nr. 3

Ausführlicher Bericht — Diskussion und Abstimmung. — Sitzung vom 30. Juni 2003

—
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2003 — 3899

[C - 2003 /33073]

30 JUIN 2003. — Décret portant des mesures urgentes en matière d'enseignement 2003 (1)

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — *Dispositions relatives à certains types de congés et à la déclaration de vacance d'emplois*

Article 1^{er}. Le présent chapitre s'applique :

1° aux membres du personnel nommés à titre définitif des établissements d'enseignement et centres psycho-médico-sociaux organisés par la Communauté germanophone;

2° aux membres du personnel subsidiés nommés ou engagés à titre définitif des établissements d'enseignement et centres psycho-médico-sociaux subsidiés par la Communauté germanophone.

Art. 2. § 1^{er}. L'emploi occupé par un membre du personnel qui bénéficie d'un des congés mentionnés ci-après est déclaré vacant lorsque le membre du personnel bénéficie de ce congé depuis six années scolaires complètes consécutives et que le congé représente au moins la moitié d'une occupation à temps complet.

Les congés visés au premier alinéa sont les suivants :

1° le congé pour mission dans l'intérêt de l'enseignement et la disponibilité pour missions spéciales, mentionnés :

a) aux chapitres VIIIbis et X de l'arrêté royal du 15 janvier 1974, pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements;

b) à l'article 30 de l'arrêté royal du 19 mai 1981 relatif aux vacances et aux congés des membres stagiaires ou nommés à titre définitif du personnel technique des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, des centres de formation de l'Etat et des services d'inspection;

c) dans l'arrêté royal du 13 septembre 1983 concernant le congé pour mission dans l'intérêt de l'enseignement et la disponibilité pour mission spéciale des membres du personnel de l'enseignement subventionné;

d) dans l'arrêté royal du 21 octobre 1985 relatif au congé pour mission et à la disponibilité pour mission spéciale des membres du personnel subventionnés des centres psycho-médico-sociaux subventionnés;

2° le congé pour activité syndicale, mentionné :

a) au chapitre VIII de l'arrêté royal du 8 décembre 1967, pris en application de l'article 3 de l'arrêté royal du 28 février 1967 déterminant les positions administratives du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat;

b) au chapitre VIII de l'arrêté royal du 15 janvier 1974, pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements;

c) à l'article 29 de l'arrêté royal du 19 mai 1981 relatif aux vacances et aux congés des membres stagiaires ou nommés à titre définitif du personnel technique des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, des centres de formation de l'Etat et des services d'inspection;

d) dans l'arrêté royal du 16 décembre 1981 concernant le congé syndical dans l'enseignement subventionné;

e) dans l'arrêté royal du 16 décembre 1981 relatif au congé syndical dans les centres psycho-médico-sociaux et offices d'orientation scolaire et professionnelle subventionnés;

3° le congé pour l'exercice d'une fonction dans un cabinet ministériel, mentionné :

a) au chapitre VII de l'arrêté royal du 8 décembre 1967, pris en application de l'article 3 de l'arrêté royal du 28 février 1967 déterminant les positions administratives du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat;

b) au chapitre VII de l'arrêté royal du 15 janvier 1974, pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements;

c) au chapitre VIII de l'arrêté royal du 19 mai 1981 relatif aux vacances et aux congés des membres stagiaires ou nommés à titre définitif du personnel technique des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, des centres de formation de l'Etat et des services d'inspection;

d) dans l'arrêté royal du 16 décembre 1981 concernant le congé des membres du personnel subventionné de l'enseignement subventionné, afin de leur permettre d'exercer une fonction dans un cabinet ministériel;

e) dans l'arrêté royal du 16 décembre 1981 relatif au congé à accorder aux membres du personnel subsidié des centres psycho-médico-sociaux et offices d'orientation scolaire et professionnelle subventionnés, pour exercer une fonction dans un cabinet ministériel;

4° le congé pour exercer une fonction dans le cabinet du Roi, mentionné :

a) au chapitre XI de l'arrêté royal du 15 janvier 1974, pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements;

b) au chapitre XIII de l'arrêté royal du 19 mai 1981 relatif aux vacances et aux congés des membres stagiaires ou nommés à titre définitif du personnel technique des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, des centres de formation de l'Etat et des services d'inspection;

5° le congé politique mentionné dans l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2000 relatif au congé politique pour les membres du personnel dans l'enseignement et portant adaptation du statut pécuniaire;

6° le congé accordé pour accomplir des prestations au bénéfice de groupes politiques reconnus, mentionné :

a) dans l'arrêté royal du 2 avril 1975 relatif au congé accordé à certains membres du personnel des services publics pour accomplir certaines prestations au bénéfice de groupes politiques reconnus des assemblées législatives nationales communautaires ou régionales ou au bénéfice des présidents de ces groupes;

b) au chapitre XII de l'arrêté royal du 15 janvier 1974, pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements;

c) au chapitre XI de l'arrêté royal du 19 mai 1981 relatif aux vacances et aux congés des membres stagiaires ou nommés à titre définitif du personnel technique des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, des centres de formation de l'Etat et des services d'inspection.

§ 2. Si un nouveau congé mentionné au § 1 est accordé à un membre du personnel sans que celui-ci n'ait repris ses activités initiales dans l'enseignement pendant au moins une année scolaire complète, la durée de ce nouveau congé est cumulée avec celle du congé précédent.

Art. 3. A la fin du congé, le membre du personnel reprend ses activités dans l'enseignement dans l'emploi qu'il occupait avant son congé dans la mesure où cet emploi est encore vacant. Si cet emploi a été occupé à titre définitif par un autre membre du personnel, le membre du personnel ayant la plus petite ancienneté de service, nommé ou engagé à titre définitif dans la même fonction que le membre du personnel ayant bénéficié du congé, est placé en disponibilité par défaut d'emploi le lendemain du jour où prend fin le congé, conformément aux dispositions en vigueur.

CHAPITRE II. — *Congé en vue d'exercer la même fonction ou une autre fonction*

Art. 4. Le présent chapitre s'applique :

1° aux membres du personnel nommés à titre définitif des établissements d'enseignement et centres psycho-médico-sociaux organisés par la Communauté germanophone;

2° aux membres du personnel subsidiés nommés ou engagés à titre définitif des établissements d'enseignement et centres psycho-médico-sociaux subsidiés par la Communauté germanophone.

Art. 5. § 1^{er}. Moyennant accord du ou des pouvoir(s) organisateur(s), il est accordé au membre du personnel un congé en vue de l'exercice dans l'enseignement :

1° d'une fonction de promotion si le membre du personnel est nommé ou engagé à titre définitif dans une fonction de recrutement ou de sélection donnant accès à cette fonction de promotion;

2° d'une fonction de sélection, si le membre du personnel est nommé ou engagé à titre définitif dans une fonction de recrutement donnant accès à cette fonction;

3° d'une fonction donnant droit à une échelle de traitement égale ou supérieure;

4° d'une fonction donnant accès à une échelle de traitement inférieure.

Un membre du personnel peut solliciter le congé prévu à l'alinéa précédent pour exercer la même fonction ou une autre fonction dans l'enseignement auprès d'un pouvoir organisateur en Communauté française ou flamande. Le congé est octroyé lorsque les deux pouvoirs organisateurs concernés ont marqué leur accord.

§ 2. Le congé mentionné au § 1^{er} peut être accordé pour l'ensemble des prestations fournies par le membre du personnel ou pour une partie de celles-ci. Cette dernière règle ne s'applique pas au membre du personnel qui occupe une fonction de promotion.

Lorsque le membre du personnel exerce une fonction de sélection, le congé peut être accordé pour l'ensemble des prestations ou pour une partie de celles-ci, le membre du personnel devant continuer d'occuper la fonction de sélection pour la moitié au moins d'un horaire complet. La présente restriction ne s'applique pas aux fonctions de sélection dans une école fondamentale d'application.

§ 3. Le congé pour exercer une fonction de promotion dans l'enseignement communautaire est accordé prioritairement aux membres du personnel de l'enseignement communautaire qui, le cas échéant, sont porteurs du titre valable ad hoc, en tenant compte du classement.

§ 4. Le congé mentionné au § 1^{er} est rémunéré et assimilé à une période d'activité de service.

Pour les congés mentionnés au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1°, 2° et 3°, la rémunération s'effectue sur la base de la fonction dans laquelle le membre du personnel est nommé ou engagé à titre définitif et, pour le congé mentionné au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 4°, sur la base de la fonction qu'exerce le membre du personnel en application du présent article.

Pour le congé mentionné au § 1^{er}, alinéa 2, la rémunération s'effectue sur la base de la fonction qu'exerce le membre du personnel en application du présent article. Pour ce qui est de la rémunération, le membre du personnel est assimilé à un membre du personnel temporaire.

Art. 6. § 1^{er}. Le membre du personnel qui exerce une fonction donnant droit à une échelle de traitement supérieure perçoit, pendant cette période, une allocation.

Cette allocation est calculée sur la base de la différence entre le traitement annuel qui reviendrait au membre du personnel s'il était nommé ou engagé à titre définitif dans les fonctions qu'il exerce et le traitement annuel qui lui revient pour la fonction dans laquelle il est nommé ou engagé à titre définitif.

§ 2. L'allocation est octroyée lorsque la fonction mieux rémunérée a été exercée pendant au moins six jours ouvrables consécutifs. Elle est accordée à partir du premier jour d'exercice de ladite fonction.

§ 3. Le montant journalier de l'allocation s'obtient en divisant par 360 le montant déterminé en application du § 1^{er}, alinéa 2.

L'allocation est payée mensuellement. Le montant annuel ne peut dépasser 360/360^{es} par année scolaire.

§ 4. Une interruption de service d'au moins 6 jours ouvrables consécutifs entraîne la suppression de l'allocation pendant la durée de l'absence.

Art. 7. A l'article 3 de l'arrêté royal du 28 février 1967 déterminant les positions administratives du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, il est ajouté un littéra *k*, libellé comme suit :

« *k*) pour l'exercice de la même fonction ou d'une autre fonction ».

A l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, il est ajouté un littéra *n*), libellé comme suit :

« *n*) pour l'exercice de la même fonction ou d'une autre fonction ».

A l'article 40 l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique et protestante des établissements d'enseignement primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, il est ajouté un littéra *k*), libellé comme suit :

« *k*) pour l'exercice de la même fonction ou d'une autre fonction ».

Art. 8. Dans l'arrêté royal du 21 octobre 1968, pris en application de l'article 7 de l'arrêté royal du 28 février 1967 déterminant les positions administratives du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, il est inséré un article *16bis*, libellé comme suit :

« Article *16bis*. Le membre du personnel en disponibilité pour convenance personnelle ne peut, pendant cette période, exercer aucune activité lucrative dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone. »

Dans l'arrêté royal du 15 janvier 1974, pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, il est inséré un article *32bis*, libellé comme suit :

« Article *32bis*. Le membre du personnel en congé pour prestations réduites pour des raisons de convenance personnelle ne peut, pendant cette période, exercer aucune activité lucrative dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, sans préjudice du chapitre II du décret du 25 juin 2001 contenant des mesures spéciales quant aux fonctions d'enseignant et portant adaptation du statut pécuniaire. »

Dans l'arrêté royal du 18 janvier 1974, pris en application de l'article 164 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, il est inséré un article *14bis*, libellé comme suit :

« Article *14bis*. Le membre du personnel en disponibilité pour convenance personnelle ne peut, pendant cette période, exercer aucune activité lucrative dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, sans préjudice du chapitre II du décret du 25 juin 2001 contenant des mesures spéciales quant aux fonctions d'enseignant et portant adaptation du statut pécuniaire. »

Dans l'arrêté royal du 8 juillet 1976 pris en application de l'article 45 de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique et protestante des établissements d'enseignement primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, il est inséré un article *11bis*, libellé comme suit :

« Article *11bis*. Le membre du personnel en disponibilité pour convenance personnelle ne peut, pendant cette période, exercer aucune activité lucrative dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone. »

Art. 9. A l'article 7, § 3, du décret du 25 juin 2001 contenant des mesures spéciales quant aux fonctions d'enseignant et portant adaptation du statut pécuniaire, le passage « en application du décret du 17 juin 1991 portant octroi d'une allocation aux membres du personnel enseignant qui exercent provisoirement une autre fonction que celle à laquelle ils sont nommés à titre définitif » est remplacé par le passage « conformément à l'article 6 du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement 2003 ».

CHAPITRE III. — *Remplacement de membres du personnel en cas d'absence pour cause de maladie*

Art. 10. Le présent chapitre s'applique :

1° aux membres du personnel nommés à titre définitif des établissements d'enseignement et centres psycho-médico-sociaux organisés par la Communauté germanophone;

2° aux membres du personnel subsidiés nommés ou engagés à titre définitif des établissements d'enseignement et centres psycho-médico-sociaux subsidiés par la Communauté germanophone.

Art. 11. § 1^{er}. Le membre du personnel absent pour cause de maladie pendant plus de cinq jours ouvrables consécutifs peut être remplacé.

Ne sont pas considérés comme jours ouvrables :

1° les jours énumérés à l'article 58, alinéa 2, du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires;

2° les jours de vacances de Noël et de Pâques ainsi que de congés de détente;

3° les jours de vacances d'été.

§ 2. Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, un membre de la catégorie du personnel directeur et enseignant d'une école maternelle ou d'une école primaire ou encore d'une implantation maternelle ou primaire ne disposant que d'une seule classe peut être, en cas d'absence pour cause de maladie, remplacé immédiatement.

CHAPITRE IV. — *Complètement de dispositions relatives à la détermination du capital périodes et du capital emplois dans l'enseignement*

Art. 12. Dans le décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, il est inséré un article *50bis*, libellé comme suit :

« Article *50bis*. Limitation

Le capital emplois déterminé conformément aux articles 48, 49 et 50 n'excède pas le capital emplois déterminé sur la base du nombre d'élèves au 31 janvier 2002. »

Art. 13. L'article 51 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 51. Durée d'utilisation

Le capital emplois déterminé conformément aux articles 48 à *50bis* est disponible pour l'année scolaire en cours. »

Art. 14. Dans le même décret, il est inséré un article *56bis*, libellé comme suit :

« Article *56bis*. Limitation

Le capital emplois déterminé conformément aux articles 53, 54, 55 et 56 n'excède pas le capital emplois déterminé sur la base du nombre d'élèves au 31 janvier 2002.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, une implantation dont le nombre d'élèves au 31 janvier donne droit à au moins un demi-emploi de plus que le capital emplois déterminé au 31 janvier 2002 se voit accorder un demi-emploi supplémentaire. »

Art. 15. L'article 57 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 57. Durée d'utilisation

§ 1^{er}. Le capital emplois déterminé conformément aux articles 53 à 55 et 56bis est disponible pour l'année scolaire en cours.

§ 2. Le capital emplois déterminé conformément aux articles 53, 54, 56, § 1^{er}, et 56bis est disponible du 1^{er} octobre au dernier jour de l'année scolaire en cours si le calcul donne au moins un emploi à temps plein de plus ou de moins que le capital emplois accordé au pouvoir organisateur le premier jour d'école pour l'implantation concernée.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, le pouvoir organisateur peut utiliser le capital emplois visé au premier alinéa dès le premier jour d'école. Si, en raison du nouveau calcul intervenu, le pouvoir organisateur dispose d'un nombre d'emplois inférieur à celui qu'il a organisé le premier jour d'école, ces emplois sont à sa charge.

§ 3. Le capital emplois déterminé conformément aux articles 53, 54, 56, § 2, et 56bis est disponible du 1^{er} avril au dernier jour d'école si le calcul donne au moins 1 emploi à temps plein de plus que le capital emplois accordé au pouvoir organisateur au 1^{er} octobre pour l'implantation concernée. »

Art. 16. Dans le même décret, il est inséré un article 60ter, libellé comme suit :

« Article 60ter. Limitation

Le capital emplois déterminé conformément aux articles 58, 59, 60 et 60bis n'excède pas le capital emplois déterminé sur la base du nombre d'élèves au 31 janvier 2002.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, une implantation dont le nombre d'élèves au 31 janvier donne droit à un demi-emploi de plus que le capital emplois déterminé au 31 janvier 2002 se voit accorder un demi-emploi supplémentaire. »

Art. 17. L'article 61 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 61. Durée d'utilisation

§ 1^{er}. Le capital emplois déterminé conformément aux articles 58 à 60 et 60ter est disponible pour l'année scolaire en cours.

§ 2. Le capital emplois déterminé conformément aux articles 58, 59, 60bis et 60ter est disponible du 1^{er} octobre au dernier jour de l'année scolaire en cours si le calcul donne au moins 1 emploi à temps plein de plus ou de moins que le capital emplois accordé au pouvoir organisateur le premier jour d'école pour l'implantation concernée.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, le pouvoir organisateur peut utiliser le capital emplois visé au premier alinéa dès le premier jour d'école. Si, en raison du nouveau calcul intervenu, le pouvoir organisateur dispose d'un nombre d'emplois inférieur à celui qu'il a organisé le premier jour d'école, ces emplois sont à sa charge. »

Art. 18. L'article 3, § 3, du décret-programme 1997 du 20 mai 1997 est abrogé.

A l'article 3bis du décret-programme 1997 du 20 mai 1997, le deuxième alinéa est abrogé.

Dans le décret-programme 1997 du 20 mai 1997, il est inséré un article 3ter, libellé comme suit :

« Article 3ter. Le capital périodes déterminé conformément à l'article 3 n'excède pas le capital périodes organisé dans l'école au 1^{er} octobre 2002. »

Art. 19. Dans le décret-programme 1997 du 20 mai 1997, il est inséré un article 4bis, libellé comme suit :

« Article 4bis. Le capital périodes n'excède pas le capital périodes utilisé au cours de l'année scolaire 2002-2003. »

Art. 20. A l'article 3, VI, de l'arrêté royal du 15 décembre 1973 déterminant les normes de dédoublement et de regroupement d'années d'études dans l'enseignement technique secondaire, dans les enseignements supérieurs technique, économique, agricole, paramédical, social et pédagogique de type court, dans les enseignements supérieurs technique et agricole du deuxième degré, il est inséré entre les alinéas 3 et 4 un nouvel alinéa, libellé comme suit :

« Le capital périodes accordé en sus n'excède pas le capital périodes déterminé sur la base du nombre d'élèves au 31 janvier 2002. »

Art. 21. Dans le décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécial, il est inséré un article 5ter, libellé comme suit :

« Article 5ter. Le capital périodes déterminé conformément aux articles 6, § 3, 21, 37, § 3, et 44 n'excède pas le capital périodes déterminé sur la base du nombre d'élèves au 30 septembre 2001. »

CHAPITRE V. — *Modification de la loi du 7 juillet 1970 relative à la structure générale de l'enseignement supérieur*

Art. 22. La loi du 7 juillet 1970 relative à la structure générale de l'enseignement supérieur est modifiée comme suit :

1° à l'article 5bis, les mots « sur avis du conseil supérieur compétent » sont supprimés;

2° les articles 6 et 7 sont abrogés;

3° à l'article 9, les mots « sur avis des conseils permanents » sont supprimés;

4° à l'article 10, § 2, les mots « sur avis du conseil supérieur compétent » sont supprimés;

5° à l'article 10, § 4, les mots « sur avis favorable du conseil permanent de l'enseignement supérieur » sont supprimés;

6° à l'article 10, § 6, les mots « sur avis du conseil supérieur compétent » sont supprimés;

7° l'article 16, § 3, est abrogé;

8° à l'article 17, § 4, alinéa 2, les mots « , sur avis motivé du Conseil permanent et en attendant que celui-ci soit constitué sur avis du bureau permanent du Conseil supérieur de l'enseignement technique » sont supprimés.

CHAPITRE VI. — *Modification de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 6 juin 1997 portant fixation des conditions de collation du diplôme d'infirmier gradué*

Art. 23. L'article 2 de l'arrêté du Gouvernement du 6 juin 1997 portant fixation des conditions de collation du diplôme d'infirmier gradué est remplacé par la disposition suivante :

« Article 2. Sans préjudice des conditions prévues par les dispositions applicables à l'enseignement supérieur de type court et de plein exercice, le diplôme d'infirmier gradué et le diplôme d'infirmier gradué spécialisé dans une discipline particulière sont conférés par les établissements d'enseignement supérieur paramédical aux conditions fixées par le présent arrêté. »

Art. 24. A l'article 3 du même arrêté, le texte actuel devient le premier paragraphe et un second paragraphe est inséré, libellé comme suit :

« § 2. Les études d'infirmier gradué spécialisé dans une discipline particulière s'étendent sur un au moins un an et se clôturent par un examen. »

Art. 25. L'article 4 du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

« Article 4. Seul est admis à l'examen de fin d'études l'étudiant qui peut produire des rapports de soins constatant qu'il a effectué avec fruit au moins 1.800 périodes de stage pour le diplôme d'infirmier gradué et au moins 540 périodes de stage pour le diplôme d'infirmier gradué spécialisé. »

Art. 26. L'article 5 du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

« Article 5. Le diplôme d'infirmier gradué est délivré aux étudiants après avoir été visé par les Ministres ayant l'Enseignement et la Santé dans leurs attributions ou par leurs délégués et, le cas échéant, immatriculé dans le registre ad hoc dans le respect des règles fixées par le Ministre fédéral qui a la Santé dans ses attributions.

Le diplôme d'infirmier gradué spécialisé dans une discipline particulière est délivré aux étudiants après avoir été visé par les Ministres ayant l'Enseignement et la Santé dans leurs attributions ou par leurs délégués. »

Art. 27. A l'article 8 du même arrêté, il est ajouté un deuxième alinéa, libellé comme suit :

« Sont admises aux études d'infirmier gradué spécialisé les personnes titulaires du diplôme d'infirmier gradué. »

Art. 28. Après l'article 8 du même arrêté, il est inséré un article *8bis*, libellé comme suit :

« Article *8bis*. Par dérogation à l'article 8, les titulaires du brevet en soins infirmiers disposant d'une expérience professionnelle d'au moins cinq ans peuvent suivre une forme particulière d'études d'infirmier gradué.

Par expérience professionnelle, il faut entendre l'expérience professionnelle effective en tant qu'infirmier dans le cadre d'un service presté à mi-temps au moins. »

Art. 29. Après l'article 15 du même arrêté, il est inséré un article *15bis*, libellé comme suit :

« Article *15bis*. Par dérogation aux articles 4 et 15, le programme d'études pour les titulaires du brevet en soins infirmiers disposant d'une expérience professionnelle d'au moins cinq ans comprend au moins le nombre de périodes que compte deux années d'études de l'enseignement de plein exercice.

Par dérogation aux articles 4 et 15, le programme d'études pour les titulaires du brevet en soins infirmiers disposant d'une expérience professionnelle d'au moins dix ans comprend au moins le nombre de périodes que compte une année d'études de l'enseignement de plein exercice.

Par dérogation aux articles 3 et 11, le programme d'études peut être proposé sous la forme d'un enseignement à temps plein, à horaire réduit, modulaire ou différé.

Les écoles supérieures soumettent le programme d'études à l'approbation des Ministres ayant l'Enseignement et la Santé dans leurs attributions. »

Art. 30. Après le chapitre II du même arrêté, il est inséré un chapitre *Iibis* comprenant l'article *15ter* suivant :

« CHAPITRE *Iibis*. — *Programme d'études d'infirmier gradué spécialisé en soins intensifs et d'urgence*

« Article *15ter*. Le programme d'études d'infirmier gradué spécialisé en soins intensifs et d'urgence comprend au moins 540 périodes de cours théoriques dans les domaines « sciences biomédicales », « sciences infirmières », « méthodologie de la recherche appliquée en soins intensifs et soins d'urgence », « appareillage et matériel utilisés en soins intensifs et soins d'urgence » et « sciences sociales et humaines » ainsi qu'au moins 540 périodes d'enseignement clinique, dont 240 périodes au moins passées dans un service agréé de soins intensifs et 240 périodes au moins dans un service agréé des urgences. »

CHAPITRE VII. — *Modification de l'arrêté royal du 28 décembre 1977 fixant les modalités d'octroi d'une dispense d'examen dans l'enseignement supérieur de type court et de type long*

Art. 31. A l'article 2 de l'arrêté royal du 28 décembre 1977 fixant les modalités d'octroi d'une dispense d'examen dans l'enseignement supérieur de type court et de type long, modifié par l'arrêté royal du 30 octobre 1978, il est ajouté un quatrième alinéa, libellé comme suit :

« Dans l'enseignement supérieur paramédical, le Gouvernement peut accorder des dispenses d'examen aux titulaires du brevet en soins infirmiers qui s'inscrivent en première année d'études d'infirmier gradué. »

Art. 32. A l'article 7 de l'arrêté royal du 28 décembre 1977 fixant les modalités d'octroi d'une dispense d'examen dans l'enseignement supérieur de type court et de type long, il est ajouté un deuxième alinéa, libellé comme suit :

« Pour les demandes introduites en vertu de l'article 2, alinéa 4, le Gouvernement tient compte de l'expérience professionnelle et du fait que des cours et stages similaires ont été suivis pendant la formation menant au brevet. »

CHAPITRE VIII. — *Modification du décret du 18 avril 1994 fixant le montant des subventions de fonctionnement pour l'enseignement subventionné*

Art. 33. Dans le décret du 18 avril 1994 fixant le montant des subventions de fonctionnement pour l'enseignement subventionné, il est inséré dans l'article 2bis un deuxième alinéa, libellé comme suit :

« Par dérogation au premier alinéa, cette école reçoit, à partir de l'année 2004 et pendant cinq années successives, un subside d'équipement forfaitaire annuel d'un montant de 40.000 EUR. »

Art. 34. Dans le décret du 18 avril 1994 fixant le montant des subventions de fonctionnement pour l'enseignement subventionné, il est inséré un article *2quater*, libellé comme suit :

« Article *2quater*. Pour une médiathèque scolaire, une subvention forfaitaire annuelle d'un montant de 4.000 EUR est octroyée lorsque :

- 1° le pouvoir organisateur de la médiathèque est une association sans but lucratif;
- 2° la médiathèque se trouve dans les locaux d'une école secondaire de l'enseignement ordinaire;
- 3° la médiathèque est aménagée conformément aux instructions du Gouvernement de la Communauté germanophone.

La subvention est gérée par le conseil d'administration du pouvoir organisateur de la médiathèque concernée. Le Gouvernement fixe les autres modalités de liquidation. »

CHAPITRE IX. — *Modification de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements libres d'enseignement moyen ou d'enseignement normal subventionnés, y compris l'année postsecondaire psycho-pédagogique*

Art. 35. A l'article 12, § 1^{er}, 3°, de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements libres d'enseignement moyen ou d'enseignement normal subventionnés, y compris l'année postsecondaire psycho-pédagogique, le littéra a) est remplacé comme suit :

- « a) membre du personnel engagé à titre définitif dans le secondaire dans l'une des fonctions suivantes :
- professeur de cours généraux;
 - professeur de psychologie, de pédagogie et de méthodologie;
 - professeur de religion;
 - professeur de morale;
 - professeur de cours spéciaux;
 - professeur de langues anciennes (latin, grec);. »

CHAPITRE X. — *Modification de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministère de l'Instruction publique*

Art. 36. L'article 17 de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministère de l'Instruction publique est complété par un § 4, libellé comme suit :

« § 4. Pour les membres du personnel directeur et enseignant et du personnel auxiliaire d'éducation, sont pris en considération les services prestés à partir de l'âge de 20, 21, 22, 23 ou 24 ans auprès d'autres employeurs s'il s'agit d'associations sans but lucratif dont l'objet consiste à accomplir des missions ou à prester des services qui sont d'une manière ou d'une autre en rapport direct avec l'enseignement ou le servent directement.

Le membre du personnel introduit une demande de reconnaissance ad hoc. Le ministre compétent en matière d'Enseignement décide si l'objet de l'association en question est conforme à celui visé à l'alinéa premier et dans quelle mesure les services prestés par le membre du personnel ont directement concouru à la réalisation de cet objet.

Les temps partiels sont comptabilisés proportionnellement à un temps plein, 10 années au plus pouvant dans ce cas être prises en compte.»

CHAPITRE XI. — *Modification du décret du 18 avril 1994 relatif à l'installation d'un jury d'examen de la Communauté germanophone pour l'enseignement secondaire et à l'organisation des examens présentés devant ce jury*

Art. 37. Dans le décret du 18 avril 1994 relatif à l'installation d'un jury d'examen de la Communauté germanophone pour l'enseignement secondaire et à l'organisation des examens présentés devant ce jury est inséré un article *30bis* libellé comme suit :

« Article *30bis*. Le candidat absent lors d'un examen sans s'être au préalable excusé auprès du secrétaire et sans avoir, dans les cinq jours à compter du jour de l'examen, justifié son absence de manière détaillée et par écrit ou avoir introduit un certificat médical est exclu de la session d'examens suivante. Le président décide de la recevabilité de la justification de l'absence. L'exclusion du candidat lui est communiquée par écrit. »

CHAPITRE XII. — *Modification du décret du 26 juin 1986 relatif à l'octroi d'allocations d'études*

Art. 38. A l'article 2 du décret du 26 juin 1986 relatif à l'octroi d'allocations d'études, les littérae c) et d) sont remplacés par le littéra c) suivant :

« c) aux étudiants belges, domiciliés dans la région de langue allemande, qui poursuivent des études à l'étranger. »

A l'article 3 du même décret, le littéra b) est remplacé comme suit :

« b) aux étudiants belges, domiciliés dans la région de langue allemande, qui poursuivent des études à l'étranger. »

A l'article 5, § 2, du même décret, le passage « à l'article 2, c) et d) » est remplacé par le passage « à l'article 2, c) ».

CHAPITRE XIII. — *Dispositions abrogatoires en cas de fusions d'internats dans l'enseignement communautaire*

Art. 39. A l'article 2 de l'arrêté royal n° 456 du 10 septembre 1986 portant rationalisation et programmation des internats de l'enseignement organisé ou subventionné par l'Etat est inséré un § 4, libellé comme suit :

« § 4. Lorsque deux internats fusionnent, le Gouvernement peut déroger à la norme de maintien énoncée au § 2 pendant quatre années scolaires au plus. »

Art. 40. Dans le même arrêté royal n° 456, l'article 14 est remplacé par la disposition suivante :

« Article 14. § 1^{er}. Dans l'enseignement communautaire, le nombre d'emplois d'éducateurs d'internat est déterminé comme suit :

- 1° de 1 à 21 élèves : 1 éducateur;
- 2° pour tout autre groupe entamé de 21 élèves : 1 éducateur.

Pour déterminer les emplois mentionnés au premier alinéa, le nombre d'élèves de l'enseignement fondamental et secondaire est affecté du coefficient 1 et le nombre d'élèves de l'enseignement supérieur du coefficient 0,5.

§ 2. Dans un internat issu de la fusion d'un internat pour garçons et d'un internat pour jeunes filles, il y a, en dérogation au § 1^{er}, au moins trois éducateurs et deux éducatrices tant que des garçons et des filles sont inscrits dans cet internat. »

CHAPITRE XIV. — *Modification du décret du 24 mars 2003 instaurant l'inspection-guidance pédagogique pour l'enseignement en Communauté germanophone et en fixant les missions*

Art. 41. A l'article 12, alinéa 1^{er}, du décret du 24 mars 2003 instaurant l'inspection-guidance pédagogique pour l'enseignement en Communauté germanophone et en fixant les missions, le passage « quatre personnes maximum » est remplacé par « cinq personnes maximum ».

CHAPITRE XV. — *Dispositions abrogatoires et finales*

Art. 42. Le décret du 17 juin 1991 portant octroi d'une allocation aux membres du personnel enseignant qui exercent provisoirement une autre fonction que celle à laquelle ils sont nommés à titre définitif et l'arrêté du 18 mars 1992 portant exécution de l'article 1^{er}, alinéa 4, du décret du 17 juin 1991 portant octroi d'une allocation aux membres du personnel enseignant qui exercent provisoirement une autre fonction que celle à laquelle ils sont nommés à titre définitif, sont abrogés.

Art. 43. L'arrêté royal du 30 décembre 1959 relatif aux congés de maladie et de maternité des membres du personnel de l'enseignement de l'Etat est abrogé.

Art. 44. L'article 7 de l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2000 relatif au congé politique pour les membres du personnel dans l'enseignement et portant adaptation du statut pécuniaire est abrogé.

Art. 45. L'article 4bis de l'arrêté royal du 2 avril 1975 relatif au congé accordé à certains membres du personnel des services publics pour accomplir certaines prestations au bénéfice de groupes politiques reconnus des assemblées législatives nationales communautaires ou régionales ou au bénéfice des présidents de ces groupes est abrogé dans la mesure où les membres du personnel des établissements d'enseignement et des centres P.M.S. organisés par la Communauté germanophone et les membres subsidiés du personnel des établissements d'enseignement et des centres P.M.S. subsidiés par la Communauté germanophone sont concernés.

Art. 46. L'arrêté royal du 18 avril 1967 fixant les règles de calcul du nombre d'éducateurs dans l'enseignement de l'Etat est abrogé.

Art. 47. Les articles 23 à 30 produisent leurs effets le 1^{er} septembre 2001.

L'article 34 produit ses effets le 1^{er} septembre 2002.

L'article 41 produit ses effets le 24 mars 2003.

L'article 38 est applicable aux demandes introduites à partir de l'année académique 2003-2004.

L'article 37 entre en vigueur le 1^{er} juillet 2003.

Les articles 1^{er} à 11, 22, 31 à 33, 35, 36, 39, 40 et 42 à 46 entrent en vigueur le 1^{er} septembre 2003.

Les articles 12 à 17 et 21 entrent en vigueur le 1^{er} septembre 2003 et valent pour les années scolaires 2003-2004 et 2004-2005.

Les articles 18 à 20 entrent en vigueur le 1^{er} septembre 2003 et valent pour les années scolaires 2003-2004 à 2006-2007 inclusivement.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Donné à Eupen le 30 juin 2003.

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports.

B. GENTGES,

Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture et du Tourisme.

H. NIESSEN,

Ministre de la Jeunesse et de la Famille, de la Protection des Monuments, de la Santé et des Affaires sociales.

—————
Note

(1) *Session 2002-2003.*

Documents du Conseil. — Projet de décret, 135 - n° 1. — Proposition d'amendement, 135 - n° 2. — Rapport, 135 - n° 3. *Compte rendu intégral.* — Discussion et vote. Séance du 30 juin 2003.

—————
VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2003 — 3899

[C - 2003 /33073]

30 JUNI 2003. — Decreet houdende dringende maatregelen inzake onderwijs 2003 (1)

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — *Bepalingen over bepaalde verloven en over de vacantverklaring van betrekkingen*

Artikel 1. Dit hoofdstuk is toepasselijk op :

1° de personeelsleden met een vaste benoeming in de onderwijsinstellingen en psycho-medisch-sociale centra georganiseerd door de Duitstalige Gemeenschap;

2° de gesubsidieerde personeelsleden met een vaste benoeming of definitieve aanstelling in de onderwijsinstellingen en psycho-medisch-sociale centra gesubsidieerd door de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 2. § 1. De betrekking bekleed door een personeelslid dat één der volgende verloven geniet, wordt vacant verklaard als het personeelslid sinds zes opeenvolgende volledige schooljaren recht heeft gehad op zo'n verlof en als het verlof tenminste de helft van een voltijdse betrekking in beslag neemt.

De verloven bedoeld in het eerste lid zijn :

1° het verlof wegens opdracht in het belang van het onderwijs en de terbeschikkingstelling wegens bijzondere opdracht, vermeld in :

a) hoofdstuk VIIIbis en hoofdstuk X van het koninklijk besluit van 15 januari 1974 genomen ter toepassing van artikel 160 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen van kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen;

b) artikel 30 van het koninklijk besluit van 19 mei 1981 betreffende de vakantie- en verlofregeling van het stagedoend en vastbenoemd technisch personeel van de rijks-psycho-medisch- sociale centra, de rijksvormingscentra en de inspectiediensten;

c) het koninklijk besluit van 13 september 1983 betreffende het verlof voor opdrachten in het belang van het onderwijs en de terbeschikkingstelling wegens bijzondere opdracht van de personeelsleden van het gesubsidieerd onderwijs;

d) het koninklijk besluit van 21 oktober 1985 betreffende het verlof wegens opdracht en de terbeschikkingstelling wegens bijzondere opdracht van de gesubsidieerde personeelsleden van de gesubsidieerde psycho-medisch-sociale centra;

2° het verlof voor vakbondsopdrachten, vermeld in :

a) hoofdstuk VIII van het koninklijk besluit van 8 december 1967 genomen ter uitvoering van artikel 3 van het koninklijk besluit van 28 februari 1967 houdende vaststelling van de administratieve stand van de leden van het administratief personeel en van het meesters-, vak- en dienstpersioneel van de rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs, voor lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs;

b) hoofdstuk VIII van het koninklijk besluit van 15 januari 1974 genomen ter toepassing van artikel 160 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen van kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen;

c) artikel 29 van het koninklijk besluit van 19 mei 1981 betreffende de vakantie- en verlofregeling van het stagedoend en vastbenoemd technisch personeel van de rijks-psycho-medisch- sociale centra, de rijksvormingscentra en de inspectiediensten;

d) het koninklijk besluit van 16 december 1981 betreffende het syndicaal verlof in het gesubsidieerd onderwijs;

e) het koninklijk besluit van 16 december 1981 betreffende het syndicaal verlof in de gesubsidieerde psycho-medisch-sociale centra en diensten voor studie- en beroepsoriëntering;

3° het verlof om een ambt uit te oefenen in een ministerieel kabinet, vermeld in :

a) hoofdstuk VII van het koninklijk besluit van 8 december 1967 genomen ter uitvoering van artikel 3 van het koninklijk besluit van 28 februari 1967 houdende vaststelling van de administratieve stand van de leden van het administratief personeel en van het meesters-, vak- en dienstpersioneel van de rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs, voor lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs;

b) hoofdstuk VII van het koninklijk besluit van 15 januari 1974 genomen ter toepassing van artikel 160 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen van kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen;

c) hoofdstuk VIII van het koninklijk besluit van 19 mei 1981 betreffende de vakantie- en verlofregeling van het stagedoend en vastbenoemd technisch personeel van de rijks-psycho-medisch- sociale centra, de rijksvormingscentra en de inspectiediensten;

d) het koninklijk besluit van 16 december 1981 betreffende het verlof om de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd onderwijs toe te laten een ambt uit te oefenen in een ministerieel kabinet;

e) het koninklijk besluit van 16 december 1981 betreffende het verlof om gesubsidieerde personeelsleden van de gesubsidieerde psycho-medisch-sociale centra en diensten voor studie- en beroepsoriëntering toe te staan een ambt uit te oefenen in een ministerieel kabinet;

4° het verlof voor de uitoefening van een ambt in het kabinet van de Koning, vermeld in :

a) hoofdstuk XI van het koninklijk besluit van 15 januari 1974 genomen ter toepassing van artikel 160 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen van kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen;

b) hoofdstuk XIII van het koninklijk besluit van 19 mei 1981 betreffende de vakantie- en verlofregeling van het stagedoend en vastbenoemd technisch personeel van de rijks-psycho-medisch-sociale centra, de rijksvormingscentra en de inspectiediensten;

5° het politiek verlof, vermeld in het besluit van de Regering van 21 december 2000 betreffende het politiek verlof voor de personeelsleden in het onderwijs en houdende aanpassing van de bezoldigingsregeling;

6° het verlof voor het verrichten van prestaties bij erkende politieke groepen, vermeld in :

a) het koninklijk besluit van 2 april 1975 betreffende het verlof dat aan sommige personeelsleden in overheidsdienst wordt verleend voor het verrichten van bepaalde prestaties ten behoeve van in de wetgevende vergaderingen van de Staat en van de Gemeenschappen of de Gewesten erkende politieke groepen, respectievelijk ten behoeve van de voorzitters van die groepen;

b) hoofdstuk XII van het koninklijk besluit van 15 januari 1974 genomen ter toepassing van artikel 160 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulp personeel, van het paramedisch personeel der inrichtingen van kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen;

c) hoofdstuk XI van het koninklijk besluit van 19 mei 1981 betreffende de vakantie- en verlofregeling van het stagedoend en vastbenoemd technisch personeel van de rijks-psycho-medisch- sociale centra, de rijksvormingscentra en de inspectiediensten.

§ 2. Wordt een personeelslid een nieuw in § 1 vermeld verlof verleend, zonder dat dit personeelslid tijdens ten minste één volledig schooljaar zijn oorspronkelijke activiteit in het onderwijs weer heeft opgenomen, dan wordt de duur van het nieuwe verlof met die van het voorafgaand verlof gecumuleerd.

Art. 3. Na het einde van het verlof neemt het personeelslid zijn activiteit in het onderwijs weer op in de betrekking die het vóór zijn verlof bekleedde, indien deze betrekking nog vacant is. Is deze betrekking door een ander personeelslid definitief bekleed, wordt het personeelslid met de geringste dienstanciënniteit dat in hetzelfde ambt vastbenoemd of definitief aangesteld is als het personeelslid dat recht heeft gehad op het verlof, op de eerste dag na het einde van dit verlof, overeenkomstig de vigerende bepalingen, wegens ontstentenis van betrekking ter beschikking gesteld.

HOOFDSTUK II. — *Verlof voor de uitoefening van hetzelfde of van een ander ambt*

Art. 4. Dit hoofdstuk is toepasselijk op :

1° de personeelsleden met een vaste benoeming in de onderwijsinstellingen en psycho-medisch-sociale centra georganiseerd door de Duitstalige Gemeenschap;

2° de gesubsidieerde personeelsleden met een vaste benoeming of definitieve aanstelling in de onderwijsinstellingen en psycho-medisch-sociale centra gesubsidieerd door de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 5. § 1. Met de toestemming van de inrichtende macht of machten wordt een personeelslid een verlof verleend om in het onderwijs :

1° een bevorderingsambt uit te oefenen, als het personeelslid vastbenoemd of definitief aangesteld is in een wervings- of selectieambt dat toegang verleent tot dit bevorderingsambt;

2° een selectieambt uit te oefenen, als het personeelslid vastbenoemd of definitief aangesteld is in een wervingsambt dat toegang verleent tot dit ambt;

3° een ambt met dezelfde of een hogere weddetrap uit te oefenen;

4° een ambt met een lagere weddetrap uit te oefenen.

Een personeelslid kan om het verlof bedoeld in het voorafgaande lid verzoeken om hetzelfde of een ander ambt in het onderwijs uit te oefenen bij een inrichtende macht in de Franse of Vlaamse Gemeenschap. Het verlof wordt verleend, als beide betrokken inrichtende machten hun toestemming hebben gegeven.

§ 2. Het verlof bedoeld in § 1 kan worden verleend voor alle dienstprestaties geleverd door het personeelslid of voor een gedeelte ervan. Het laatste geval geldt echter niet voor het personeelslid dat een bevorderingsambt bekleedt.

Bij een personeelslid dat een selectieambt bekleedt, kan het verlof worden verleend voor alle dienstprestaties geleverd door het personeelslid of voor een gedeelte ervan, waarbij het personeelslid verder het selectieambt ten minste voor de helft van een voltijdse betrekking moet bekleden. Deze beperking geldt echter niet voor selectieambten in een basisoefenschool.

§ 3. Het verlof voor de uitoefening van een bevorderingsambt in het gemeenschapsonderwijs wordt, rekening houdend met de classificatie, prioritair aan de personeelsleden van het gemeenschapsonderwijs verleend die desgevallend houders zijn van het dienovereenkomstig geldig bekwaamheidsbewijs.

§ 4. Het verlof bedoeld in § 1 wordt bezoldigd en als dienstactiviteit beschouwd.

De bezoldiging wordt uitbetaald op grond van het ambt waarin het personeelslid vastbenoemd of definitief aangesteld is, wat de verlopen bedoeld in § 1, lid 1, 1°, 2° en 3°, betreft, en op grond van het ambt dat het personeelslid met toepassing van voorliggend artikel uitoefent, wat het verlof bedoeld in § 1, lid 1, 4°, betreft.

De bezoldiging wordt uitbetaald op grond van het ambt dat het personeelslid met toepassing van voorliggend artikel uitoefent, wat het verlof bedoeld in § 1, lid 2, betreft. Wat de bezoldiging betreft, wordt het personeelslid gelijkgesteld met een tijdelijk aangesteld personeelslid.

Art. 6. § 1. Een personeelslid dat een ambt met een hogere weddetrap uitoefent, verkrijgt voor deze periode een toelage.

Deze toelage wordt berekend op basis van het verschil bestaande tussen de jaarwedde waarop het personeelslid recht zou hebben, indien het vastbenoemd of definitief aangesteld zou zijn in de door hem uitgeoefende ambten, en de jaarwedde waarop het recht heeft voor het ambt waarin het vastbenoemd of definitief aangesteld is.

§ 2. De toelage wordt toegekend als het beter bezoldigd ambt tijdens ten minste zes opeenvolgende werkdagen wordt uitgeoefend. Ze wordt uitbetaald vanaf de eerste dag waarop het betrokken ambt uitgeoefend wordt.

§ 3. Het dagbedrag van de toelage wordt verkregen door het bedrag berekend met toepassing van § 1, lid 2, door 360 te delen.

De toelage wordt maandelijks uitbetaald. Per schooljaar mag het jaarbedrag 360/360^e niet overschrijden.

§ 4. Een dienstonderbreking van ten minste zes opeenvolgende werkdagen impliceert de stopzetting van de toelage voor de duur van de afwezigheid.

Art. 7. In artikel 3 van het koninklijk besluit van 28 februari 1967 houdende vaststelling van de administratieve stand van de leden van het administratief personeel en van het meesters-, vak- en dienstpneel van de rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs, voor lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs, wordt een littera *k* ingevoegd, luidend als volgt :

« *k* voor de uitoefening van hetzelfde of van een ander ambt ».

In artikel 160 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen van kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen, wordt een littera *n*) ingevoegd, luidend als volgt :

« *n*) voor de uitoefening van hetzelfde of van een ander ambt ».

In artikel 40 van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke en protestantse godsdienst der inrichtingen voor lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, wordt een littera *k*) ingevoegd, luidend als volgt :

« *k*) voor de uitoefening van hetzelfde of van een ander ambt ».

Art. 8. In het koninklijk besluit van 21 oktober 1968 genomen ter uitvoering van artikel 7 van het koninklijk besluit van 28 februari 1967 houdende vaststelling van de administratieve stand van de leden van het administratief personeel en van het meesters-, vak- en dienstpersoneel van de rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs voor lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs, wordt een artikel 16*bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 16*bis*. Tijdens de periode waarin het personeelslid wegens persoonlijke aangelegenheden ter beschikking wordt gesteld, mag het geen winstgevende bedrijvigheid uitoefenen in het onderwijs dat door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd wordt. »

In het koninklijk besluit van 15 januari 1974 genomen ter toepassing van artikel 160 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen van kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen, wordt een artikel 32*bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 32*bis*. Onverminderd hoofdstuk II van het decreet van 25 juni 2001 over bijzondere maatregelen in verband met de lerarenambten en houdende aanpassing van de bezoldigingsregeling mag het personeelslid, tijdens de periode waarin het een verlof voor verminderde prestaties wegens persoonlijke aangelegenheden geniet, geen winstgevende bedrijvigheid uitoefenen in het onderwijs dat door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd wordt. »

In het koninklijk besluit van 18 januari 1974 genomen ter toepassing van artikel 164 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen van kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen, wordt een artikel 14*bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 14*bis*. Onverminderd hoofdstuk II van het decreet van 25 juni 2001 over bijzondere maatregelen in verband met de lerarenambten en houdende aanpassing van de bezoldigingsregeling mag het personeelslid, tijdens de periode waarin het wegens persoonlijke aangelegenheden ter beschikking wordt gesteld, geen winstgevende bedrijvigheid uitoefenen in het onderwijs dat door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd wordt. »

In het koninklijk besluit van 8 juli 1976 genomen voor de toepassing van artikel 45 van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke en protestantse godsdienst der inrichtingen voor lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, wordt een artikel 11*bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 11*bis*. Tijdens de periode waarin het personeelslid wegens persoonlijke aangelegenheden ter beschikking wordt gesteld, mag het geen winstgevende bedrijvigheid uitoefenen in het onderwijs dat door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd wordt. »

Art. 9. In artikel 7, § 3, van het decreet van 25 juni 2001 over bijzondere maatregelen in verband met de lerarenambten en houdende aanpassing van de bezoldigingsregeling wordt de passus « met toepassing van het decreet van 17 juni 1991 houdende toekenning van een toelage aan de leden van het onderwijzend personeel die voorlopig een andere functie uitoefenen dan degene waartoe ze definitief zijn benoemd » vervangen door de passus « met toepassing van artikel 6 van het decreet van 30 juni 2003 houdende dringende maatregelen inzake Onderwijs 2003 ».

HOOFDSTUK III. — *Vervanging van personeelsleden bij afwezigheid wegens ziekte*

Art. 10. Dit hoofdstuk is toepasselijk op :

1° de personeelsleden met een vaste benoeming in de onderwijsinstellingen en psycho-medisch-sociale centra georganiseerd door de Duitstalige Gemeenschap;

2° de gesubsidieerde personeelsleden met een vaste benoeming of definitieve aanstelling in de onderwijsinstellingen en psycho-medisch-sociale centra gesubsidieerd door de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 11. § 1. Een personeelslid dat tijdens meer dan vijf opeenvolgende werkdagen wegens ziekte afwezig is, kan vervangen worden.

Volgende dagen gelden niet als werkdagen :

1° de dagen vermeld in artikel 58, lid 2, van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs;

2° de dagen van de kerst- en paasvakanties alsmede de ontspanningsverloven;

3° de dagen van de zomervakantie.

§ 2. In afwijking van § 1, lid 1, kan een personeelslid behorend tot de categorie bestuurs- en onderwijzend personeel van een éénklassige kleuterafdeling, lagere school resp. vestiging voor kleuter- of lager onderwijs, onverwijld vervangen worden bij afwezigheid wegens ziekte.

HOOFDSTUK IV. — *Aanvulling van bepalingen over de vastlegging van het lestijden- en van het betrekkingenpakket in het onderwijs*

Art. 12. In het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs wordt een artikel *50bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel *50bis*. Beperking

Het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig de artikelen 48, 49 en 50 ligt niet hoger dan hetgeen vastgelegd op basis van de schoolbevolking op 31 januari 2002. »

Art. 13. Artikel 51 van hetzelfde decreet wordt door volgende bepaling vervangen :

« Artikel 51. Toepassingsduur

Het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig de artikelen 48 tot *50bis* is beschikbaar voor het lopende schooljaar. »

Art. 14. In hetzelfde decreet wordt een artikel *56bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel *56bis*. Beperking

Het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig de artikelen 53, 54, 55 en 56 ligt niet hoger dan hetgeen vastgelegd op basis van de schoolbevolking op 31 januari 2002.

In afwijking van het eerste lid verkrijgt een vestiging waarvan de schoolbevolking op 31 januari recht geeft op ten minste een halve betrekking meer dan het betrekkingenpakket vastgelegd op 31 januari 2002, één bijkomende halve betrekking. »

Art. 15. Artikel 57 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 57. Aanwendingsduur

§ 1. Het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig de artikelen 53 tot 55 en *56bis* is beschikbaar voor het lopende schooljaar.

§ 2. Het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig de artikelen 53, 54, 56, § 1, en *56bis* is beschikbaar vanaf 1 oktober tot de laatste dag van het lopende schooljaar voor zover het ten minste één voltijdse betrekking meer of minder telt dan het betrekkingenpakket waarop de inrichtende macht op de eerste schooldag recht had voor de betrokken vestigingsplaats.

In afwijking van het eerste lid kan de inrichtende macht reeds op de eerste schooldag gebruik maken van het in het eerste lid bedoelde betrekkingenpakket. Worden de inrichtende macht op grond van de nieuwe berekening minder betrekkingen ter beschikking gesteld dan het aantal dat zij op de eerste schooldag georganiseerd heeft, dan moet zij deze betrekkingen op zich nemen.

§ 3. Het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig de artikelen 53, 54, 56, § 2, en *56bis* is beschikbaar vanaf 1 april tot de laatste schooldag van het lopende schooljaar voor zover het ten minste één voltijdse betrekking meer telt dan het betrekkingenpakket waarop de inrichtende macht op 1 oktober recht had voor de betrokken vestigingsplaats. »

Art. 16. In hetzelfde decreet wordt een artikel *60ter* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel *60ter*. Beperking

Het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig de artikelen 58, 59, 60 en *60bis* ligt niet hoger dan hetgeen vastgelegd op basis van de schoolbevolking op 31 januari 2002.

In afwijking van het eerste lid verkrijgt een vestiging waarvan de schoolbevolking op 31 januari recht geeft op een halve betrekking meer dan het betrekkingenpakket vastgelegd op 31 januari 2002, één bijkomende halve betrekking. »

Art. 17. Artikel 61 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 61. Aanwendingsduur

§ 1. Het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig de artikelen 58 tot 60 en *60ter* is beschikbaar voor het lopende schooljaar.

§ 2. Het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig de artikelen 58, 59, *60bis* und *60ter* is beschikbaar vanaf 1 oktober tot de laatste dag van het lopende schooljaar voor zover het ten minste één voltijdse betrekking meer of minder telt dan het betrekkingenpakket waarop de inrichtende macht op de eerste schooldag recht had voor de betrokken vestigingsplaats.

In afwijking van het eerste lid mag de inrichtende macht reeds op de eerste schooldag gebruik maken van het in het eerste lid bedoelde betrekkingenpakket. Worden de inrichtende macht op grond van de nieuwe berekening minder betrekkingen ter beschikking gesteld dan het aantal dat zij op de eerste schooldag georganiseerd heeft, dan moet zij deze betrekkingen op zich nemen. »

Art. 18. In artikel 3 van het programmadecreet 1997 van 20 mei 1997 wordt § 3 opgeheven.

In artikel *3bis* van het programmadecreet 1997 van 20 mei 1997 wordt het tweede lid opgeheven.

In het programmadecreet 1997 van 20 mei 1997 wordt een artikel *3ter* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel *3ter*. Het lestijdenpakket vastgelegd overeenkomstig artikel 3 ligt niet hoger dan hetgeen georganiseerd in de school op 1 oktober 2002. »

Art. 19. In het programmadecreet 1997 van 20 mei 1997 wordt een artikel *4bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel *4bis*. Het lestijdenpakket ligt niet hoger dan hetgeen gebruikt tijdens het schooljaar 2002-2003. »

Art. 20. In artikel 3, VI, van het koninklijk besluit van 15 december 1973 houdende bepaling van de splitsings- en hergroeperingsnormen van studiejaren in het secundair technische onderwijs, in het technisch, economisch, agrarisch, paramedisch, sociaal en pedagogisch hoger onderwijs van het korte type, in het technisch en agrarisch hoger onderwijs van de tweede graad, wordt tussen het derde en het vierde lid een lid ingevoegd luidend als volgt :

« Het bijkomende lestijdenpakket ligt niet hoger dan het lestijdenpakket vastgelegd op grond van de schoolbevolking op 31 januari 2002. »

Art. 21. In het decreet van 27 juni 1990 tot vaststelling van de wijze waarop de ambten van het personeel voor buitengewoon onderwijs worden bepaald, wordt een artikel 5*ter* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 5*ter*. Het lestijdenpakket vastgelegd overeenkomstig de artikelen 6, § 3, 21, 37, § 3, en 44 ligt niet hoger dan hetgeen vastgelegd op grond van de schoolbevolking op 30 september 2001. »

HOOFDSTUK IV. — *Wijziging van de wet van 7 juli 1970 betreffende de algemene structuur van het hoger onderwijs*

Art. 22. De wet van 7 juli 1970 betreffende de algemene structuur van het hoger onderwijs wordt gewijzigd als volgt :

1° in artikel 5*bis* worden de woorden « na advies van de bevoegde Hoge Raad » geschrapt;

2° de artikelen 6 en 7 worden opgeheven;

3° in artikel 9 worden de woorden « Op advies van de Vaste Raden » geschrapt;

4° in artikel 10, § 2, worden de woorden « na advies van de bevoegde Hoge Raad » geschrapt;

5° in artikel 10, § 4, worden de woorden « op gunstig advies van de Vaste Raad voor het hoger onderwijs » geschrapt;

6° in artikel 10, § 6, worden de woorden « na advies van de bevoegde Hoge Raad » geschrapt;

7° artikel 16, § 3, wordt opgeheven;

8° in artikel 17, § 4, lid 2, wordt de passus « , op gemotiveerd advies van de Vaste Raad, en in afwachting dat deze samengesteld wordt, op advies van het Vast Bureau van de Hoge Raad van het Technisch Onderwijs » geschrapt.

HOOFDSTUK VI. — *Wijziging van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 6 juni 1997 tot vastlegging van de voorwaarden waaronder het diploma van gegradueerde verpleger wordt toegekend*

Art. 23. Artikel 2 van het besluit van de Regering van 6 juni 1997 tot vastlegging van de voorwaarden waaronder het diploma van gegradueerde verpleger wordt toegekend, wordt door de volgende bepaling vervangen :

« Artikel 2. Onverminderd de voorwaarden die van toepassing zijn op het hoger onderwijs van het korte type met volledig leerplan, worden het diploma van gegradueerde verpleger en het diploma van gegradueerde verpleger gespecialiseerd in een bepaalde discipline door de inrichtingen voor paramedisch hoger onderwijs toegekend onder de voorwaarden die in dit besluit worden vastgelegd. »

Art. 24. In artikel 3 van hetzelfde besluit, waarvan de huidige tekst het § 1 wordt, wordt een § 2 ingevoegd, luidend als volgt :

« § 2. De studie van gegradueerde verpleger gespecialiseerd in een bepaalde discipline duurt ten minste 1 jaar en wordt afgesloten door een examen. »

Art. 25. Artikel 4 van hetzelfde besluit wordt door de volgende bepaling vervangen :

« Artikel 4. Tot het eindexamen wordt slechts de student toegelaten die berichten over de verstrekte zorgen kan voorleggen waaruit blijkt dat hij voor het diploma van gegradueerde verpleger ten minste 1.800 stagelestijden en voor het diploma van gespecialiseerde gegradueerde verpleger ten minste 540 stagelestijden met vrucht heeft verricht. »

Art. 26. Artikel 5 van hetzelfde besluit wordt door de volgende bepaling vervangen :

« Artikel 5. Het diploma van gegradueerde verpleger wordt uitgereikt aan de studenten nadat het door de Ministers bevoegd inzake Onderwijs resp. Gezondheid of hun afgevaardigden geïmprimeerd en desgevallend in het dienovereenkomstig register ingeschreven werd krachtens de regels vastgelegd door de federale Minister bevoegd inzake Gezondheid.

Het diploma van gegradueerde verpleger gespecialiseerd in een bepaalde discipline wordt uitgereikt aan de studenten nadat het door de Ministers bevoegd inzake Onderwijs resp. Gezondheid of hun afgevaardigden geïmprimeerd werd. »

Art. 27. In artikel 8 van hetzelfde besluit wordt een tweede lid ingevoegd, luidend als volgt :

« Tot de studie van gespecialiseerde gegradueerde verpleger worden de personen toegelaten die houder zijn van het diploma van gegradueerde verpleger. »

Art. 28. Na artikel 8 van hetzelfde besluit wordt een artikel 8*bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 8*bis*. In afwijking van artikel 8 kunnen personen die houder zijn van het brevet in verpleegkundige verzorging en ten minste vijf jaar beroepservaring kunnen bewijzen, een bijzondere vorm van de studie van gegradueerde verpleger volgen.

Onder beroepservaring dient de werkelijke beroepservaring als verpleger in het kader van ten minste een halftijdse betrekking te worden verstaan. »

Art. 29. Na artikel 15 van hetzelfde besluit wordt een artikel 15*bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 15*bis*. In afwijking van de artikelen 4 en 15 omvat het studieprogramma voor de houders van het brevet in verpleegkundige verzorging die een beroepservaring van ten minste vijf jaar kunnen bewijzen, ten minste het aantal lestijden van twee studiejaar van het onderwijs met volledig leerplan.

In afwijking van de artikelen 4 en 15 omvat het studieprogramma voor de houders van het brevet in verpleegkundige verzorging die een beroepservaring van ten minste tien jaar kunnen bewijzen, ten minste het aantal lestijden van één studiejaar van het onderwijs met volledig leerplan.

In afwijking van de artikelen 3 en 11 kan het studieprogramma worden verstrekt in de vorm van een onderwijs met volledig leerplan, van een onderwijs met beperkt leerplan, van een modulair onderwijs of van een onderwijs met vlottend uurrooster.

De hogescholen leggen het studieprogramma ter goedkeuring voor aan de Ministers bevoegd inzake Onderwijs resp. Gezondheid. »

Art. 30. Na hoofdstuk II van hetzelfde besluit wordt een hoofdstuk IIbis, met artikel 15ter, ingevoegd :

« **HOOFDSTUK IIbis.** — *Studieprogramma voor de gegradueerd verpleger gespecialiseerd in intensieve verzorging en dringende medische hulp*

Artikel 15ter. Het studieprogramma van de gespecialiseerde gegradueerde verpleger in intensieve verzorging en dringende medische hulp omvat ten minste 540 lestijden theoretisch onderwijs in de vakgroepen medisch-biologische wetenschappen, verpleegkundige wetenschappen, methodologie van het toegepast onderzoek op het vlak intensieve en spoedgevallenzorg, apparatuur en materiaal voor intensieve en spoedgevallenzorg en mens- en sociale wetenschappen, alsmede ten minste 540 lestijden klinisch onderwijs, waarvan ten minste 240 lestijden in een erkende dienst voor intensieve zorg en ten minste 240 lestijden in een erkende spoedgevallendienst. »

HOOFDSTUK VII. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 28 december 1977 tot vaststelling van de modaliteiten tot het verlenen van de vrijstelling van examens in het hoger onderwijs van het korte en van het lange type*

Art. 31. In artikel 2 van het koninklijk besluit van 28 december 1977 tot vaststelling van de modaliteiten tot het verlenen van de vrijstelling van examens in het hoger onderwijs van het korte en van het lange type, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 30 oktober 1978, wordt een vierde lid ingevoegd, luidend als volgt :

« In het paramedisch hoger onderwijs kan de Regering vrijstellingen van examens verlenen aan de houders van het brevet in verpleegkundige verzorging die zich inschrijven voor het eerste studiejaar van de studie van gegradueerde verpleger. »

Art. 32. In artikel 7 van het koninklijk besluit van 28 december 1977 tot vaststelling van de modaliteiten tot het verlenen van de vrijstelling van examens in het hoger onderwijs van het korte en van het lange type wordt een tweede lid ingevoegd, luidend als volgt :

« Bij verzoeken ingediend krachtens artikel 2, vierde lid, houdt de Regering rekening met de beroepservaring en met het feit dat analoge cursussen en stages tijdens de opleiding leidend tot het brevet gevolgd werden. »

HOOFDSTUK VIII. — *Wijziging van het decreet van 18 april 1994 tot vaststelling van het bedrag van de werkingstoelagen voor het gesubsidieerd onderwijs*

Art. 33. In het decreet van 18 april 1994 tot vaststelling van het bedrag van de werkingstoelagen voor het gesubsidieerd onderwijs wordt in artikel 2bis een tweede lid ingevoegd, luidend als volgt :

« In afwijking van het eerste lid verkrijgt deze school jaarlijks vanaf het jaar 2004 en tijdens vijf opeenvolgende jaren een forfaitaire uitrustings-toelage ten belope van 40.000. EUR »

Art. 34. In het decreet van 18 april 1994 tot vaststelling van het bedrag van de werkingstoelagen voor het gesubsidieerd onderwijs wordt een artikel 2quater ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 2quater. Voor een schoolmediodtheek wordt jaarlijks een forfaitaire toelage ten belope van 4.000 EUR toegekend, indien :

- 1° de inrichtende macht van deze schoolmediodtheek een vereniging zonder winstoogmerk is;
- 2° de lokalen van deze schoolmediodtheek zich in een secundaire school van het gewoon onderwijs bevinden;
- 3° deze schoolmediodtheek ingericht werd volgens de aanwijzingen van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap.

De toelage wordt door de Raad van Beheer van de inrichtende macht van de betrokken mediodtheek beheerd. De Regering legt de nadere uitbetalingsregels vast. »

HOOFDSTUK IX. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het secundair onderwijs dat verstrekt wordt in de gesubsidieerde vrije inrichtingen voor middelbaar onderwijs of voor normaalonderwijs, met inbegrip van het postsecundair psycho-pedagogisch jaar*

Art. 35. In artikel 12, § 1, 3°, van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het secundair onderwijs dat verstrekt wordt in de gesubsidieerde vrije inrichtingen voor middelbaar onderwijs of voor normaalonderwijs, met inbegrip van het postsecundair psycho-pedagogisch jaar, wordt littera a) als volgt vervangen :

« a) personeelslid dat in een secundaire school in één van de volgende ambten definitief aangesteld is :

- leraar algemene vakken;
- leraar psychologie, opvoedkunde en methodologie;
- leraar godsdienst;
- leraar zedenleer;
- leraar bijzondere vakken;
- leraar oude talen (Latijn, Grieks); ».

HOOFDSTUK X. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 15 april 1958 houdende de bezoldigingsregeling van het onderwijzend, wetenschappelijk en daarmee gelijkgestelde personeel van het Ministerie van Openbaar Onderwijs*

Art. 36. In artikel 17 van het koninklijk besluit van 15 april 1958 houdende de bezoldigingsregeling van het onderwijzend, wetenschappelijk en daarmee gelijkgestelde personeel van het Ministerie van Openbaar Onderwijs wordt een § 4 ingevoegd, luidend als volgt :

« § 4. Voor de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel en van het opvoedend hulppersoneel wordt rekening gehouden met de diensten die vanaf de leeftijd van 20, 21, 22, 23 of 24 jaar bij andere werkgevers gepresteerd werden, indien het om verenigingen zonder winstgevend doel gaat die ten doel hebben opdrachten uit te voeren of diensten te presteren die op de ene of andere manier in direct verband staan met het onderwijs of het onderwijs direct dienen.

Het personeelslid dient een dienovereenkomstige aanvraag in. De Minister bevoegd inzake Onderwijs beslist of het doel van de betrokken vereniging al dan niet overeenstemt met hetgeen bedoeld in het eerste lid en in hoeverre de door het personeelslid gepresteerde diensten direct ertoe bijgedragen hebben dit doel te verwezenlijken.

De deeltijdse betrekkingen worden naar verhouding van een voltijdse betrekking aangerekend; in dit geval worden echter ten hoogste 10 jaar in rekening gehouden. »

HOOFDSTUK XI. — Wijziging van het decreet van 18 april 1994 betreffende de inrichting van een examencommissie van de Duitstalige Gemeenschap voor het secundair onderwijs en de organisatie van de examens afgelegd voor deze examencommissie

Art. 37. In het decreet van 18 april 1994 betreffende de inrichting van een examencommissie van de Duitstalige Gemeenschap voor het secundair onderwijs en de organisatie van de examens afgelegd voor deze examencommissie wordt een artikel 30bis ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 30bis. De examinandus die bij een examen afwezig is, zonder zich vooraf bij de secretaris te hebben afgemeld, en die niet binnen vijf dagen na het examen zijn afwezigheid uitvoerig en schriftelijk met redenen omkleedt of een medisch attest indient, wordt uitgesloten van de volgende zittijd. De voorzitter beslist of de rechtvaardiging van de afwezigheid al dan niet aanneembaar is. De uitsluiting wordt de examinandus schriftelijk medegedeeld. »

HOOFDSTUK XII. — Wijziging van het decreet van 26 juni 1986 betreffende de toekenning van studietoelagen

Art. 38. In artikel 2 van het decreet van 26 juni 1986 betreffende de toekenning van studietoelagen worden de litterae c) en d) door een littera c) vervangen, luidend als volgt :

« c) aan Belgische studenten die in het Duitse taalgebied woonachtig zijn en in het buitenland studeren ».

In artikel 3 van hetzelfde decreet wordt littera b) als volgt vervangen :

« b) aan Belgische studenten die in het Duitse taalgebied woonachtig zijn en in het buitenland studeren. »

In artikel 5, § 2, van hetzelfde decreet wordt de passus « in artikel 2, c) en d) » door de passus « in artikel 2, c) » vervangen.

HOOFDSTUK XIII. — Afwijkingsbepalingen bij fusies van internaten van het gemeenschapsonderwijs

Art. 39. In artikel 2 van het koninklijk besluit nr. 456 van 10 september 1986 houdende rationalisatie en programmatie van de internaten van het door de Staat georganiseerde of gesubsidieerde onderwijs wordt een § 4 ingevoegd, luidend als volgt :

« § 4. Als twee internaten fuseren kan de Regering tijdens ten hoogste vier schooljaren van de in § 2 bedoelde behoudsnorm afwijken. »

Art. 40. In hetzelfde koninklijk besluit nr. 456 wordt artikel 14 door de volgende bepaling vervangen :

« Artikel 14. § 1. In het gemeenschapsonderwijs wordt het aantal betrekkingen als opvoeders van een internaat als volgt vastgelegd :

1° tussen 1 en 21 leerlingen : één opvoeder;

2° voor elke begonnen groep van 21 leerlingen : telkens één opvoeder.

Om de in het eerste lid bedoelde betrekkingen te berekenen, wordt het aantal leerlingen van het basis- en secundair onderwijs met het coëfficiënt 1 en het aantal studenten van het hoger onderwijs met het coëfficiënt 0,5 vermenigvuldigd.

§ 2. In een internaat ontstaan uit de fusie van een internaat voor jongens en een internaat voor meisjes zijn er, in afwijking van § 1, ten minste drie mannelijke en twee vrouwelijke opvoeders, zolang jongens en meisjes in het internaat ingeschreven zijn. »

HOOFDSTUK XIV. — Wijziging van het decreet van 24 maart 2003 houdende oprichting van de pedagogische inspectie-begeleiding voor het onderwijs in de Duitstalige Gemeenschap en tot vastlegging van de opdrachten ervan

Art. 41. In artikel 12, lid 1, van het decreet van 24 maart 2003 houdende oprichting van de pedagogische inspectie-begeleiding voor het onderwijs in de Duitstalige Gemeenschap en tot vastlegging van de opdrachten ervan wordt de passus « ten hoogste vier » door « ten hoogste vijf » vervangen.

HOOFDSTUK XV. — Opheffings- en slotbepalingen

Art. 42. Het decreet van 17 juni 1991 houdende toekenning van een toelage aan de leden van het onderwijzend personeel die voorlopig een andere functie uitoefenen dat degene waartoe ze definitief zijn benoemd, alsmede het besluit van 18 maart 1992 tot uitvoering van artikel 1, lid 4, van het decreet van 17 juni 1991 houdende toekenning van een toelage aan de leden van het onderwijzend personeel die voorlopig een andere functie uitoefenen dan degene waartoe ze definitief zijn benoemd, worden opgeheven.

Art. 43. Het koninklijk besluit van 30 december 1959 betreffende de ziekte- en bevallingsverloven der leden van het personeel uit het Rijksonderwijs wordt opgeheven.

Art. 44. Artikel 7 van het besluit van de Regering van 21 december 2000 betreffende het politiek verlof voor de personeelsleden in het onderwijs en houdende aanpassing van de bezoldigingsregeling wordt opgeheven.

Art. 45. Artikel 4bis van het koninklijk besluit van 2 april 1975 betreffende het verlof dat aan sommige personeelsleden in overheidsdienst wordt verleend voor het verrichten van bepaalde prestaties ten behoeve van in de wetgevende vergaderingen van de Staat en van de Gemeenschappen of de Gewesten erkende politieke groepen, respectievelijk ten behoeve van de voorzitters van die groepen wordt opgeheven voor zover de personeelsleden van de onderwijsinstellingen en psycho-medisch-sociale centra georganiseerd door de Duitstalige Gemeenschap en de gesubsidieerde personeelsleden van de onderwijsinstellingen en psycho-medisch-sociale centra gesubsidieerd door de Duitstalige Gemeenschap betrokken zijn.

Art. 46. Het koninklijk besluit van 18 april 1967 tot regeling van de wijze waarop het aantal opvoeders in het Rijksonderwijs wordt berekend, wordt opgeheven

Art. 47. De artikelen 23 tot 30 hebben uitwerking op 1 september 2001.

Artikel 34 heeft uitwerking op 1 september 2002.

Artikel 41 heeft uitwerking op 24 maart 2003.

Artikel 38 is toepasselijk op de aanvragen ingediend vanaf het academisch jaar 2003-2004.

Artikel 37 treedt in werking op 1 juli 2003.

De artikelen 1 tot 11, 22, 31 tot 33, 35, 36, 39, 40 en 42 tot 46 treden in werking op 1 september 2003.

De artikelen 12 tot 17 en 21 treden in werking op 1 september 2003 en gelden voor de schooljaren 2003-2004 en 2004-2005.

De artikelen 18 tot 20 treden in werking op 1 september 2003 en gelden voor de schooljaren 2003-2004 tot en met 2006-2007.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Gegeven te Eupen op 30 juni 2003.

K.-H. LAMBERTZ,

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport.

B. GENTGES,

Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toerisme.

H. NIESSEN,

Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden.

Nota

(1) *Zitting 2002-2003.*

Bescheiden van de Raad. — Ontwerp van decreet, 135 - nr. 1. — Amendementsvoorstel, 135 - nr. 2. — Verslag, 135 - nr. 3.

Integraal verslag. — Bespreking en aanneming. Vergadering van 30 juni 2003.

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

MINISTERE DE LA REGION WALLONNE

F. 2003 — 3900 (1999 — 2905)

[2003/201259]

6 MAI 1999. — Décret portant approbation de l'accord de coopération entre la Région wallonne et la Communauté française relatif au transport interne. — Erratum

L'article 8 de l'accord de coopération annexé au décret susmentionné, publié dans le *Moniteur belge* du 4 septembre 1999, à la page 33028, doit se lire comme suit :

« Lorsque des membres du personnel visé à l'article 1^{er} du décret du 24 juin 1996 portant réglementation des missions, des congés pour mission et des mises en disponibilité pour mission spéciale dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté française sont affectés aux transports scolaires par mise à la disposition de la Région, ils sont placés sous l'autorité hiérarchique de celle-ci et bénéficient d'un congé pour mission spéciale, conformément à l'article 6 du décret du 24 juin 1996 précité. Ils conservent leur rémunération par la Communauté française, conformément à l'échelle barémique qui leur est applicable en fonction de leur nomination.

Le nombre de chargés de mission visés à l'alinéa 1^{er} ne peut être supérieur à six. ».

VERTALING

MINISTERIE VAN HET WAALSE GEWEST

N. 2003 — 3900 (1999 — 2905)

[2003/201259]

6 MEI 1999. — Decreet houdende goedkeuring van het samenwerkingsakkoord tussen het Waalse Gewest en de Franse Gemeenschap betreffende het intern vervoer. — Erratum

Artikel 8 van het bij bovenvermeld decreet gevoegd samenwerkingsakkoord, bekendgemaakt in het *Belgisch Staatsblad* van 4 september 1999, bladzijde 33028, dient als volgt te worden gelezen :

« Wanneer personeelsleden, bedoeld in artikel 1 van het decreet van 24 juni 1996 houdende regeling van de opdrachten, verloven wegens opdracht en terbeschikkingstelling wegens opdracht in het door de Franse Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd onderwijs, het leerlingenvervoer moeten waarnemen door terbeschikkingstelling van het Gewest, staan ze onder het hiërarchische gezag van dit laatste en genieten ze een verlof voor bijzondere opdracht, overeenkomstig artikel 6 van het decreet van 24 juni 1996 zoals hoger vermeld. Zij behouden hun bezoldiging door de Franse Gemeenschap overeenkomstig de loonschaal die op hen van toepassing is naar gelang van hun benoeming. Het aantal opdrachthouders, bedoeld in het eerste lid, is beperkt tot zes. »